

STÄDTE/GELD/ KULTURELLE BILDUNG. HORIZONT 2016



STUDIE: EINE BEFRAGUNG DER UNMITTELBAREN MITGLIEDS-
STÄDTE DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES ZUR FINANZIERUNG
UND ORGANISATION KULTURELLER BILDUNG.

**STÄDTE/GELD/KULTURELLE BILDUNG.
HORIZONT 2016**



Eine Befragung der unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages zur Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung.

Durchführung: PROGNOSE AG im Auftrag des Rates für Kulturelle Bildung in Kooperation mit dem Deutschen Städtetag

Mit einer Position von Prof. Dr. Jürgen Schupp Mitglied des Rates für Kulturelle Bildung

INHALT

VORWORTE	5
Professor Dr. Eckart Liebau, Vorsitzender des Rates für Kulturelle Bildung Dr. Eva Lohse, Präsidentin des Deutschen Städtetages	
I ZENTRALE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK	7
II METHODIK	13
III DIE ZAHLEN	16
Tilmann Knittel und Klaudia Lehmann, Prognos AG	
IV EINE POSITION	31
Professor Dr. Jürgen Schupp, Mitglied des Rates für Kulturelle Bildung	
V EMPFEHLUNGEN	41
VI ANHANG	46
Endnoten	47
Schaubilder	50
Beteiligte	63
Impressum	64

Aachener Erklärung

Der Deutsche Städtetag hat zum Abschluss des zweitägigen Kongresses ‚Bildung in der Stadt‘, der am 22. und 23. November 2007 in Aachen stattfand, die Aachener Erklärung zur Bildungspolitik veröffentlicht. Die Erklärung formuliert als „eine zentrale Botschaft des Kongresses“, dass „die Städte in der Bildungspolitik eine stärkere Rolle spielen wollen, damit sie gemeinsam mit den Ländern Bildungsdefizite in Deutschland abbauen können.“¹

Unter dem Stichwort „Bildung ist mehr als Schule“ ist Kulturelle Bildung relevanter Bestandteil der Aachener Erklärung. Als ein wesentlicher Ausgangspunkt der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ sind hier zum besseren Verständnis die für die Kulturelle Bildung maßgeblichen Inhalte der Aachener Erklärung abgedruckt.

Auszug:

„Bildung ist mehr als Schule! Kognitives, soziales und emotionales Lernen müssen miteinander verbunden und in verbindliche Vernetzungsstrukturen einbezogen werden. Die kulturelle Bildung, die kognitives Lernen ergänzt, Kreativität fördert und Integration unterstützt, ist in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung zu integrieren. Ausgangspunkt für Bildungsprozesse in den verschiedenen Lebensphasen ist die kommunale Ebene [...].

Leitbild des Engagements der Städte ist die kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung. Hauptmerkmale der kommunalen Bildungslandschaft sind:

- Individuelle Potentiale des Individuums und deren Förderung in der Lebensperspektive sind Ausgangspunkt für die Organisation von Bildungs- und Lernprozessen. Kein Kind, kein Jugendlicher darf verloren gehen.*
- Die für Bildung zuständigen Akteure arbeiten auf der Basis verbindlicher Strukturen zusammen: Familie, Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur, Sport, Wirtschaft etc.*
- Eltern bzw. Familien werden als zentrale Bildungspartner einbezogen.*
- Übergänge werden nach dem Prinzip „Anschlüsse statt Ausschlüsse“ ermöglicht und gestaltet.*
- Die kulturelle Bildung wird als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen.*

Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu. Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden. [...]

Vorwort des Rates für Kulturelle Bildung

Es ist eine Binsenweisheit, dass die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand auf allen Ebenen zu knapp sind, um auch nur die richtigen und guten und von großen Mehrheiten getragenen Wünsche zu befriedigen. Haushaltsentscheidungen sind immer Prioritätenentscheidungen. Das gilt natürlich auch für die Kommunen – die zentralen Träger der Kulturellen Bildung im non-formalen Bereich und im Bereich der unterrichtsergänzenden Angebote in der Offenen Ganztagschule. Für die Entwicklung der Kulturellen Bildung in Deutschland ist es daher eine entscheidende Frage, welche Bedeutung die Kommunen ihr zumessen und welche Instrumente und finanziellen Mittel sie für die Umsetzung einsetzen.

Leider ist in der Forschung und Statistik zu diesem Thema bisher kaum etwas zu finden – es ist einfach ein blinder Fleck. Dieser Widerspruch zwischen der hohen politischen und praktischen Bedeutung des Themas und dem nahezu vollständig fehlenden empirischen Wissen über die kommunalpolitische Praxis hat den Rat für Kulturelle Bildung auf die Idee zu der hier vorliegenden Studie gebracht. Man muss schließlich wissen, was wirklich los ist, wenn man etwas bewirken und voranbringen will!

Der Rat für Kulturelle Bildung, als unabhängiges Beratergremium für Politik und Praxis, deckt mit dieser Studie ein neues Feld auf und knüpft zugleich an Fragestellungen und Forderungen vorheriger Veröffentlichungen an. „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ liegt ebenso wie der Denkschrift „Zur Sache. Kulturelle Bildung: Gegenstände, Praktiken und Felder“ (2015) und der Studie „Jugend/Kunst/Erfahrung. Horizont 2015“ die Überzeugung zugrunde, dass die Qualität der Umsetzung entscheidend für eine umfassende Kulturelle Bildung ist. Neu ist, dass sich der Blick nun stärker auf kommunale Verwaltungsstrukturen und Organisations- und Finanzierungsinstrumente der Städte richtet. Der Rat nimmt damit einen noch konkreteren Bezug auf die Praxis vor Ort.

Mit dieser Studie weiß man mehr, wenn auch noch lange nicht genug. Dennoch: Die nun vorliegenden Ergebnisse und Erkenntnisse sind insgesamt durchaus ermutigend, auch wenn Schwierigkeiten und Probleme mancherorts und in manchen

Hinsichten nicht zu übersehen sind. Kulturelle Bildung ist als eine zentrale kommunale Aufgabe in vielen Städten etabliert, nicht nur in der politischen Rhetorik, sondern auch in der Praxis. Aber das gilt längst nicht überall und nicht überall in gleichem Maße. Die Weiterentwicklung der Kulturellen Bildung als Teil kommunaler Bildungslandschaften bleibt auch knapp zehn Jahre nach der Aachener Erklärung eine wesentliche Entwicklungsaufgabe.

Eine solche Studie konnte nur in enger Kooperation mit den Kommunen und ihren politischen Vertretungen durchgeführt werden. Der Rat für Kulturelle Bildung hat daher von vornherein die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag gesucht. Diese Zusammenarbeit hat sich als äußerst fruchtbar und erfreulich erwiesen; sie hat erst die Türen in die Rathäuser geöffnet. Für die empirischen Recherchen konnte die Prognos AG gewonnen werden, und Prof. Dr. Jürgen Schupp hat als Mitglied des Expertenrates intensiv an der Entwicklung der Fragestellungen und an der Auswertung mitgewirkt. Allen Beteiligten sei sehr herzlich gedankt!

Die Ergebnisse der Studie werden hier in drei Schritten vorgestellt und erörtert. Eine knappe Zusammenfassung stellt die wichtigsten empirischen Befunde dar. Klaudia Lehmann und Tillmann Knittel, Projektleiter bei Prognos, beschreiben sodann die wesentlichen Befunde ausführlicher und erläutern Zusammenhänge. Prof. Dr. Jürgen Schupp, Direktor des Sozio-oekonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), wird die besonderen Umstände der Datenerhebung in diesem Kontext erläutern und die Forschungsmethodik kritisch reflektieren, ehe er die Ergebnisse einer tiefergehenden Interpretation unterzieht.

Wir hoffen, dass die Ergebnisse, die z. T. in konkrete Empfehlungen und Forderungen münden, nicht nur den Diskurs voranbringen, sondern auch zur Stärkung der Kulturellen Bildung in den Städten beitragen können.



Professor Dr. Eckart Liebau
Vorsitzender des Rates für Kulturelle Bildung
Essen, im November 2016

Vorwort des Deutschen Städtetages

Der Deutsche Städtetag hat im Rahmen seines Bildungskongresses „Bildung in der Stadt“ im Jahr 2007 in seiner „Aachener Erklärung“ festgestellt, dass die „kommunale Bildungslandschaft“ das Leitbild des Engagements der Städte in der Bildung ist und hierbei der kulturellen Bildung „als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung“ besondere Bedeutung zukommt. Die „Münchner Erklärung“ aus dem Jahr 2012, die im Rahmen des Kongresses „Bildung gemeinsam verantworten“ verabschiedet wurde, hat nochmals betont, dass ein ganzheitliches Bildungsverständnis kulturelle Bildung stets miteinbeziehen muss.

Die Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ knüpft neun Jahre nach der Aachener Erklärung daran an und geht der Frage nach, wie weit die Städte auf dem Weg hin zu „kommunalen Bildungslandschaften“ im Bereich der kulturellen Bildung gekommen sind. Der Fokus der Studie liegt zwar auf der Finanzierung kultureller Bildung. Da es aber die „eine Haushaltsposition“ für die kulturelle Bildung nicht gibt, fragt die Studie weitergehend danach, wie kulturelle Bildung in den Städten strukturell verankert ist und welcher Stellenwert ihr zukommt.


Die Ergebnisse der Studie belegen einerseits den hohen Stellenwert der kulturellen Bildung in den Städten und das vielfältige Engagement, zeigen aber andererseits auch, dass es in Sachen Finanzierung sowie Konzeption und Steuerung vielerorts noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Die Studie zeigt einmal mehr, dass die Finanzierungsbeiträge der Länder für die Städte von hoher Relevanz und die Länder wichtige Partner der kulturellen Bildungsarbeit in den Städten sind. Die Länder müssen zur Unterstützung des kommunalen Engagements das Niveau ihrer Mitfinanzierung sicherstellen und kontinuierlich ausbauen.

Bemerkenswert ist auch, in welchem Maße das sogenannte Kooperationsverbot den Finanzierungsbeitrag des Bundes trotz dessen hoher Finanzkraft kleinzuhalten vermag. Der Finanzierungsanteil des Bundes ist derzeit so überschaubar, dass ihm deswegen nur 6 Prozent der Städte eine hohe Relevanz beimessen. Schon lange fordert der Deutsche Städtetag daher, dem Bund begrenzte Regelungs-

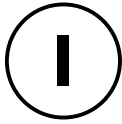
möglichkeiten und Finanzaufweisungen an Länder und Kommunen im Sinne eines „kooperativen Föderalismus“ zu erlauben. Es wäre zu wünschen, dass dies bald verfassungsrechtlich umgesetzt wird.

Dem Rat für Kulturelle Bildung möchte ich herzlich für die Möglichkeit der Kooperation danken. Gerne haben wir die Erarbeitung der Befragung begleitet und für die Beteiligung unserer Mitgliedsstädte geworben. Wir möchten die gelungene Zusammenarbeit weiter fortsetzen und vertiefen. Mein Dank gilt schließlich unseren Mitgliedsstädten, die sich die Zeit genommen haben, die teils komplexen Fragen zu beantworten. Sie haben hiermit einen Dienst für alle Städte übernommen.

Die vorliegende Studie kann sicher nur den Beginn einer tiefergehenden Betrachtung der Finanzierung und Organisation kultureller Bildung in den Städten markieren. Ich bin mir aber sicher, dass sie in den Gremien des Deutschen Städtetages, in unseren Mitgliedsstädten und in der Öffentlichkeit manche Diskussion auslösen wird und uns ein Stück weiter auf dem Weg begleitet, die kulturelle Bildung als zentrales Merkmal der kommunalen Bildungslandschaften zu etablieren.



Dr. Eva Lohse
Präsidentin des Deutschen Städtetages
Ludwigshafen, im November 2016



ZENTRALE ERGEBNISSE IM ÜBERBLICK

Zentrale Ergebnisse im Überblick

Politisch hat Kulturelle Bildung in Deutschlands Kommunen² nach wie vor „Konjunktur“, indes gibt es deutliche Abstriche bei der Umsetzung. Mehr als drei Viertel der Städte messen Kultureller Bildung hohe³ Bedeutung bei. Diese Städte, die einen Schwerpunkt auf Kulturelle Bildung setzen, sehen ihr Budget für Kulturelle Bildung wahrscheinlicher als auskömmlich an und schätzen auch die Entwicklung ihrer Mittel in den letzten Jahren positiver ein als Städte, die Kulturelle Bildung weniger wichtig finden. Indes steht Kulturelle Bildung über alle Städte betrachtet noch nicht dort, wo diese sie mit der Aachener Erklärung (2007) sehen wollten – „integriert in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung.“⁴ Offenbar gibt es bei der strategischen Planung, Steuerung und Auswertung des Erfolgs von Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung noch viel Luft nach oben.

Kulturelle Bildung hat für die deutliche Mehrheit der Städte hohe Bedeutung

Über drei Viertel der an der Befragung beteiligten Städte⁵ stufen die Bedeutung von Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung ihrer Stadt als eher hoch (50 Prozent)⁶ oder sehr hoch (28 Prozent) ein. Nur 17 Prozent schätzen die Bedeutung Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung vor Ort als gering, lediglich 1 Prozent als sehr gering ein. Der Stellenwert, den Kulturelle Bildung genießt, zeigt – wie im Weiteren dargestellt wird – dabei maßgebliche Zusammenhänge mit anderen Faktoren, die zur Förderung Kultureller Bildung beitragen können.

Der Großteil der Kommunen bemängelt zu geringe Budgets im Bereich der Kulturellen Bildung

Zwei Drittel der Kommunen in Deutschland erachten ihr Budget für Kulturelle Bildung als zu gering, während 27 Prozent die zur Verfügung stehenden Mittel als auskömmlich oder gut bezeichnen. 26 Prozent der Städte berichten, ihr Budget für Kulturelle Bildung sei während der letzten Jahre gestiegen; 16 Prozent verzeichneten jedoch einen Rückgang (51 Prozent gleichbleibend).

Im Vergleich zum jeweiligen Gesamthaushalt entwickelte sich das Budget für Kulturelle Bildung bei 26 Prozent der Städte während der letzten fünf Jahre negativer als ihr Gesamthaushalt (9 Prozent positiver; 51 Prozent ähnlich). Auch die Erwartungen deutscher Kommunen an die Zukunft sind gemischt: 20 Prozent prognostizieren eine schwächere Entwicklung der Finanzen für Projekte Kultureller Bildung im Vergleich zum Gesamthaushalt, 6 Prozent rechnen mit einer stärkeren Entwicklung (56 Prozent gleichbleibend). Von Konjunktur⁷ im Sinne eines zunehmend in den Vordergrund rückenden Aufgabenfeldes kann also in finanzieller Hinsicht nicht gesprochen werden.

Politische Schwerpunktsetzung fördert den finanziellen Rahmen für Kulturelle Bildung

Zwischen der Bewertung des Budgets und dem Stellenwert Kultureller Bildung bestehen Zusammenhänge: Städte, in denen Kulturelle Bildung einen höheren Stellenwert genießt, nennen ihr Budget mit größerer Wahrscheinlichkeit auskömmlich oder gar gut im Vergleich zu Städten, die Kultureller Bildung weniger Bedeutung beimessen.⁸ Dieses Verhältnis gilt auch für den Blick in die Vergangenheit: In Kommunen mit Schwerpunktsetzung für Kulturelle Bildung ist das Budget dieses Bereichs während der letzten fünf Jahre erkennbar häufiger in Relation zum Gesamthaushalt gestiegen oder gleichgeblieben als in Städten, die Kultureller Bildung einen geringeren Stellenwert einräumen.⁹

Politische Schwerpunktsetzung stärkt die Zusammenarbeit mit externen Finanzierungspartnern

Unter den nicht-städtischen Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung nehmen die Bundesländer eine – nicht unerwartet – exponierte Stellung ein: Drei Viertel der Städte messen den Beiträgen ihres Bundeslandes hohe oder zumindest mittlere Relevanz bei. Es folgen als wichtigste Kofinanzierer die Beiträge von Eltern und Besuchern* von Kultureinrichtungen (52 Prozent) sowie die Mittel Freier Träger (51 Prozent). Öffentliche und private Stiftungen werden von 47 beziehungsweise 41 Prozent der Kommunen als relevante Partner bezeichnet. Bund, EU und öffentliche-rechtliche Rundfunkanstalten spielen eine deutlich geringere Rolle.¹⁰

Auch hier bestehen Zusammenhänge mit der Bedeutung, die Kulturelle Bildung in der jeweiligen Stadt einnimmt: Vor allem das Land¹¹, öffentliche Stiftungen¹² und private Unternehmen¹³ sind in Städten mit Schwerpunktsetzung für Kulturelle Bildung in sichtbarer Weise häufiger relevante Finanzpartner als in jenen Kommunen, denen Kulturelle Bildung weniger wichtig ist.

Kommunale Bildungslandschaften: knapp zehn Jahre nach der Aachener Erklärung vor allem bei Organisation und Koordination deutlich Luft nach oben

Trotz zahlreicher positiver Aspekte stehen die Kommunen knapp zehn Jahre nach der Aachener Erklärung in Bezug auf Kulturelle Bildung der Summe nach nicht dort, wo sie sein wollten. In 59 Prozent der Städte ist Kulturelle Bildung nicht Teil der Bildungsberichterstattung. 55 Prozent der Städte antworteten, es gebe keine Kennzahlen oder Indikatoren¹⁴ in ihren Haushaltsplänen über die

* Die weibliche Form ist der männlichen in diesem Text gleichgestellt. Lediglich aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde die männliche Form gewählt.

Angebote Kultureller Bildung. Nur 14 Prozent der Städte schließen durchgängig schriftliche Vereinbarungen mit den Akteuren Kultureller Bildung, lediglich vier Prozent formulieren spezifische Zielvereinbarungen hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten.

Dies sind keine Hinweise darauf, dass die Mehrheit der Städte vor Ort „eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit“ übernimmt, wie die Kommunen es als Selbstverpflichtung in der Aachener Erklärung formulierten – auch wenn es selbstverständlich verschiedene Entwicklungsstände gibt. Dennoch verwundert es nicht, dass die Mehrheit der befragten Kommunen selbst sowohl die Notwendigkeit für eine wirksamere organisatorische Koordinierung der Angebote Kultureller Bildung (61 Prozent) als auch für eine wirksamere Koordination bei der Finanzierung (53 Prozent) sieht.

Kommunale Bildungslandschaften: Zusammenhänge zwischen Schwerpunkt- setzung und organisatorischem Rahmen für Kulturelle Bildung

Indes wandelt sich dieses negative Bild ins Positive, wenn man die vorgenannten Befunde nach der Bedeutung unterscheidet, die Kulturelle Bildung in den Städten genießt: Je höher¹⁵ der Stellenwert, umso mehr Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung – etwa Kennzahlen im Haushalt, ein Leitbild oder die Einbettung in eine regelmäßige Bildungsberichterstattung – werden eingesetzt.¹⁶ Ebenso entscheidend ist der Einfluss hoher Bedeutungszumessung auf die Entscheidung, ob Projekte Kultureller Bildung durch die Verwaltung evaluiert werden.¹⁷ Indes besteht hier auch ein Zusammenhang mit der Größe der Stadt.

Politische Schwerpunktsetzung für Kulturelle Bildung führt zu verstärktem Engagement in der Jugend- und Stadt- teilsozialarbeit sowie im Ganzttag

Dass der Stellenwert Kultureller Bildung ein prägender Faktor dafür ist, wie Kulturelle Bildung in den Städten finanziert wird, zeigen auch die spezifischen Angebote: Städte äußern deutlich häufiger, mit mindestens einer Verwaltungseinheit einen nennenswerten Beitrag zur Finanzierung von Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung in der Jugend- und Stadtteilsozialarbeit sowie im Ganzttag zu leisten, wenn Kulturelle Bildung bei ihnen höheren Stellenwert genießt.

Besonders deutlich zeigt sich dieses stärkere Engagement für Kulturelle Bildung in der offenen Jugendarbeit (+46 Prozentpunkte), in Ganzttagsschulen/Horten (+40 Prozentpunkte) sowie in der Stadtteilsozialarbeit (+38 Prozentpunkte) gegenüber Städten, denen Kulturelle Bildung weniger wichtig ist. Ein hoher Stellenwert Kultureller Bildung führt damit offensichtlich dazu, dass sie auch in breiteren Kontexten – also im Sinne der Aachener Erklärung in „kommunalen Bildungslandschaften“ – angeboten wird.

Größe der Einwohnerzahl zeigt Zusammenhänge mit der Bedeutung, Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung

Alle an der Studie beteiligten Städte über 500.000 Einwohner messen Kultureller Bildung eine eher hohe oder gar sehr hohe Bedeutung bei. Unter den Städten mit 200.000 bis 500.000 sowie 100.000 bis 200.000 Einwohner sind dies noch 85 beziehungsweise 89 Prozent. Bei Städten unter 100.000 und unter 50.000 Einwohnern sinkt dieser Wert allerdings auf 70 respektive 60 Prozent ab. Zudem kofinanzieren größere Städte Projekte Kultureller Bildung, die durch Freie Träger durchgeführt werden, häufiger als kleinere Städte. Dieser Befund kann vor dem Hintergrund erweiterter Aufgaben von Großstädten für die Versorgung des Umlandes betrachtet werden. Dennoch – oder gerade deswegen – schätzen Großstädte ihr Budget für Kulturelle Bildung seltener als auskömmlich oder gar gut ein.

Weitere untersuchte Standortfaktoren beeinflussen die Bedingungen Kultureller Bildung nicht in erkennbarer Weise

Mit Ausnahme der Stadtgröße wirken sich die untersuchten Standortfaktoren nicht in erkennbarer Weise auf die Gestaltung Kultureller Bildung aus. Weder stehen die Etats für Kulturelle Bildung unter dem Eindruck des Faktors Arbeitslosigkeit noch dem des Jugendanteils. Auch die Verschuldung der Kommunen zeigte keinen statistisch relevanten Einfluss auf die Organisation und Durchführung Kultureller Bildung.

Insgesamt legen die vorgenannten Befunde die Annahme nahe, dass der Stellenwert, der Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung zugemessen wird, die entscheidende Stellschraube für eine zielgerichtete Organisationsstruktur sowie für eine auskömmliche und durch viele Akteure gemeinsam finanzierte Durchführung von Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung ist.

Kommunale Finanzdaten zur Kulturellen Bildung brauchen mehr Sichtbarkeit

Bereits in der Konzeptionsphase der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ wurde deutlich, dass die städtischen (aber auch die länderbezogenen oder bundesweiten) Datenstrukturen zur Finanzausstattung der Kulturellen Bildung einen Vergleich nahezu unmöglich machen. „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ bestätigt diesen Befund auf Ebene der Städte mit dem Ergebnis, dass 55 Prozent der Kommunen derzeit keine Kennzahlen oder Indikatoren zur Kulturellen Bildung im Haushalt führen. Vorrecherchen zeigten überdies, dass in vielen Städten keine eigene Haushaltsposition für Kulturelle Bildung existiert. Insgesamt sollten die Finanzdaten in den Haushaltsplänen auffindbarer und interkommunal vergleichbar werden¹⁸ – auch als Grundlage für eine verbesserte bundesweite Kulturfinanzstatistik und künftige kulturpolitische Forschungsvorhaben.

„Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ gab zum Ende der Befragung Gelegenheit für ausführliche Anmerkungen. Kulturverantwortliche aus den 104 Städten schrieben unter anderem:

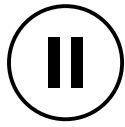
„In der Regelschule sollten die künstlerischen Fächer wieder stärkeres Gewicht bekommen und im Tandem mit freien Künstlern / Musikern / außerschulischem Lehrpersonal umgesetzt werden. Es sollte Dauerförderungen aus den Landeshaushalten für Kulturelle Bildung vor Ort geben.“

„Mehr verlässliche institutionelle Förderung, die nachhaltig wirkt; Projekte können in ihrer Wirkung schnell ‚verpuffen‘.“

„Letzlich müssen die Schulen wesentlich mehr Ressourcen (Personal, Räume und freie Etats) für systematische kulturelle Bildung erhalten! Derzeit sind die städtischen Aktivitäten in gewisser Weise ein Reparaturbetrieb für die Defizite des Schulsystems.“

„Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass die Wichtigkeit der kulturellen Bildung in der Verwaltungsspitze noch nicht erkannt ist. Daher kann ich nur dafür plädieren, den Städtetag als Forum zu nutzen, um die Dringlichkeit des Themas zu unterstreichen.“

„Es wäre hilfreich, wenn institutionelle Förderung gegenüber der allgemein gängigen Projektförderung stärker eingesetzt werden könnte – das betrifft alle Förderbereiche von Bund und Land über die Stiftungen bis zu den Kommunen.“



METHODIK

Ziel und Leitfragen der Befragung

Die Organisation, Finanzierung und Steuerung von Angeboten und Einrichtungen der Kulturellen Bildung in Deutschland ist außerordentlich heterogen. Die Zuständigkeiten der öffentlichen Finanzierung sind nicht nur über die föderalen Ebenen, sondern auch über verschiedene Ressorts in Bund, Ländern und Kommunen verteilt. Darüber hinaus sind zum Teil weitere Stellen der mittelbaren Staatsverwaltung, aber auch Kultur- und Sozialverbände (zum Beispiel als Erstzuwendungsempfänger) in die Abwicklung von Finanzierungen eingebunden. Zudem tragen oftmals auch Stiftungen, Fördervereine und öffentliche Unternehmen (etwa Sparkassen) oder private Unternehmen auf lokaler und überregionaler Ebene einen Anteil zur Finanzierung bei. In der außerschulischen Kulturellen Bildung wird in der Regel ein Teil der Angebotskosten durch Teilnahmegebühren getragen.

Die Finanzierung und damit verbunden die Kontrolle des Mitteleinsatzes sind die zentralen Grundlagen für eine systematische, koordinierte und zielgerichtete Steuerung (im Sinne von Gestaltungsmöglichkeiten sowie Ermöglichungsbedingungen) Kultureller Bildung schlechthin. Die Vielfalt der Finanzierungsquellen und die verbreiteten Mischfinanzierungen führen daher unmittelbar zu der Frage, in welcher Weise beziehungsweise inwiefern eine zielgerichtete Steuerung und Planung der Kulturellen Bildung in der Praxis umgesetzt wird.

Ziel der Befragung der 200 Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages war es, aussagekräftige und belastbare Erkenntnisse über wesentliche Finanzierungsarten und Steuerungspraktiken im Bereich der Kulturellen Bildung zu gewinnen. Insgesamt nahmen 104 der 200 angefragten Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages teil, in denen (n=104) rund 22 Millionen Bürgerinnen und Bürger leben.

Die Kommunen standen in der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ als wesentliche Organisatoren und Finanziere Kultureller Bildung im Fokus. Entsprechend lauteten die Leitfragen, deren Ergebnisse im Folgenden dargestellt werden, wie Kulturelle Bildung in den Städten organisiert und koordiniert wird, inwiefern Konzepte und Vernetzung zusätzliche Finanzierungsspielräume eröffnen, welchen Beitrag unterschiedliche Finanzierungsquel-

len leisten und welche Entwicklungen hinsichtlich des Budgets für Kulturelle Bildung erwartet werden.

Form und Zeitraum der Befragung

Die Befragung wurde als standardisierte Online-Befragung durchgeführt. Der Fragebogen umfasste 25 Fragen. Bei 12 Fragen gab es offene Antwortmöglichkeiten. Aufgrund vielerorts fehlender Haushaltspositionen mit Angaben zu den spezifischen Ausgaben für Kulturelle Bildung sowie fehlender Kennzahlen und Indikatoren in den kommunalen Haushaltsplänen¹⁹ wurden gestufte Fragen (zum Erhalt von Rangdaten) über die Lage und Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung gestellt. Gleiches galt für Fragen zur Organisation und Koordinierung sowie zur Evaluierung von (kommunal geförderten) Angeboten Kultureller Bildung.

Die zuständigen Dezernate konnten die Fragen der Studie zwischen Ende Juni und Mitte August 2016 beantworten.

Stichprobenumfang

Der Stichprobenumfang von 104 Städten bildet die Basis der Auswertungen. Hiervon abweichende Fallzahlen ergeben sich bei Fragen, die nicht alle teilnehmenden Städte beantwortet haben. Zur Information sind die den Schaubildern zugrundeliegenden Fallzahlen je Frage in der Quellenangabe vermerkt. Wo innerhalb eines Schaubildes auf unterschiedliche Fallzahlen prozentuiert wird, ist dies kenntlich gemacht (*). Abweichungen von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Die Erhebung richtete sich an die in den Stadtverwaltungen für das Angebot an Kultureller Bildung maßgeblich zuständigen und verantwortlichen Stellen und Personen. Da am Gesamtangebot Kultureller Bildung in aller Regel verschiedene Verwaltungseinheiten beteiligt sind, wurde darum gebeten, sofern zur Beantwortung notwendig, Rücksprache mit den zuständigen Stellen zu halten, die über die entsprechenden Kenntnisse und Erfahrungen verfügen. Dies betraf insbesondere die Fragen nach der Beteiligung verschiedener städtischer Verwaltungseinheiten an der Finanzierung Kultureller Bildung.

Rücklauf nach Strukturmerkmalen

Der Auswertung liegen 104 ausgefüllte Fragebögen von Städten zugrunde. Gemessen an den 200 angeschriebenen Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages entspricht dies einem Rücklauf von 52 Prozent, womit grundsätzliche Aussagen zu Organisations- und Finanzierungsstrukturen der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages ermöglicht werden. Als rücklaufdämpfender Faktor ist die Konzeption der Befragung zu sehen, die – gemäß dem Charakter Kultureller Bildung als Querschnittsaufgabe – in der Regel eine Beantwortung des Fragebogens durch mehrere Verwaltungsbereiche und damit einen entsprechenden Koordinierungsaufwand erfordert hat. Zudem konnte eine Adressierung der Befragung an zentrale, für Kulturelle Bildung in der Verwaltung verantwortliche Stellen nicht durchgängig realisiert werden, da nicht jede Stadt einen entsprechenden Ansprechpartner hat.

Nach Größenklassen betrachtet liegt der Rücklauf bei den Großstädten²⁰ durchweg bei 60 Prozent und höher [Schaubild 1].

Nach Bundesländern betrachtet zeigten sich beim Rücklauf erhebliche Unterschiede. Die Stadtstaaten haben vollständig geantwortet. Ein besonders hoher Rücklauf von 85 Prozent ist aus Nordrhein-Westfalen erfolgt [Schaubild 2 → S. 50]. Bei den Städten aus den ostdeutschen Bundesländern ist der Rücklauf mit 38 Prozent dagegen unterdurchschnittlich geblieben [Schaubild 3 → S. 50].

Im Einzelnen wurden neben der Berücksichtigung der Einwohnerzahl Indikatoren zu folgenden Bereichen gebildet: zur finanziellen Situation, zur demografischen Struktur und zur Arbeitslosenquote der Städte als Indiz für die Verbreitung wirtschaftlicher und sozialer Problemlagen.

Für den Indikator „finanzielle Situation der Städte“ wurde der Schuldenstand der Städte in Relation zu den jährlichen kommunalen Netto-Steuerentnahmen gesetzt. Als Bezugszeitpunkt beziehungsweise -zeitraum wurde auf die aktuellsten in der Statistik des Deutschen Städtetages verfügbaren Daten aus dem Jahr 2012 zurückgegriffen. In Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag wurden die Städte auf dieser Grundlage drei Gruppen mit überdurchschnittlicher, durchschnittlicher und unterdurchschnittlicher Finanzsituation zugeordnet [Schaubild 4 + 5 → S. 50+51].²¹

Für den Indikator zur demografischen Struktur der Städte wurde der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2014 auf Grundlage von Daten des Statistischen Bundesamts drei Gruppen mit überdurchschnittlichem Jugendanteil (über 16 Prozent), durchschnittlichem Jugendanteil (14 bis 16 Prozent) und unterdurchschnittlichem Jugendanteil (unter 14 Prozent) zugeordnet [Schaubild 6 → S. 51].

Bei den Arbeitslosenquoten wurde auf die Statistik des Deutschen Städtetages mit Bezugsjahr 2014 zurückgegriffen. Für den Indikator wurden die Städte ebenfalls drei Gruppen mit unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (unter 6 Prozent), durchschnittlicher Arbeitslosigkeit (6 Prozent bis unter 10 Prozent) und überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit (ab 10 Prozent) zugeordnet [Schaubild 7 → S. 51].

Statistische Kontextindikatoren

Neben den unmittelbar erhobenen Befragungsdaten wurden zur differenzierten Auswertung und Interpretation der Ergebnisse weitere statistische Kontextdaten herangezogen. Als Datengrundlage wurde auf die Statistik des Deutschen Städtetages sowie auf Daten des Statistischen Bundesamts zurückgegriffen.

1 Rücklauf (n = 104) zur Befragung der (n = 200) Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages 2016

Größe der Stadt	Mitgliedsstädte gesamt	Rückläufe (in %)
über 500.000	14	9 (64,3 %)
200.000 bis 500.000	25	15 (60,0 %)
100.000 bis 200.000	37	29 (78,4 %)
50.000 bis 100.000	57	25 (43,9 %)
unter 50.000	67	26 (38,8 %)



DIE ZAHLEN

Tilmann Knittel und **Klaudia Lehmann**, Prognos AG

Stellenwert Kultureller Bildung in den Städten

Im Rahmen der Befragung wurden die für Kultur/Bildung/Jugend zuständigen Dezernate/Referate der unmittelbaren Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages eingangs um eine allgemeine Einschätzung gebeten, welchen Stellenwert Kulturelle Bildung in der Politik und Verwaltung vor Ort einnimmt. Über drei Viertel der an der Befragung beteiligten Städte stufen die Bedeutung von Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung ihrer Stadt dabei als eher hoch (50 Prozent) oder sehr hoch (28 Prozent) ein [Schaubild 8].

Je mehr Einwohner eine Stadt hat, umso höher ist die Bedeutung Kultureller Bildung für Politik und Verwaltung (Schwerpunktsetzung) [Schaubild 9 → S. 51].²² Nur 20 Prozent der Städte unter 50.000 Einwohner räumen der Kulturellen Bildung eine sehr hohe Bedeutung ein, immerhin aber 44 Prozent der Städte mit mehr als 500.000 Einwohnern. Dies mag unter anderem darin begründet sein, dass in kleineren Städten weniger Einrichtungen und Freie Träger vorhanden sind, die beispielsweise ein theaterpädagogisches oder museumspädagogisches Angebot erbringen könnten.

Keine der neun an der Umfrage beteiligten Städte mit über 500.000 Einwohnern schreibt Kultureller Bildung eine eher niedrige oder gar sehr niedrige Bedeutung zu. Auch bei Städten zwischen 500.000 und 200.000 Einwohnern ist die Aussage „eher niedrig“ nur bei 8 Prozent anzutreffen, „sehr niedrig“ wurde nicht geantwortet. Von den Städten unter 100.000 und über 50.000 Einwohnern sagen immerhin 26 Prozent, Kulturelle Bildung habe bei ihnen einen niedrigen oder gar sehr niedrigen Stellenwert. Von den Kommunen mit weniger als 50.000 Einwohnern sagt dies fast ein Drittel (32 Prozent).

Die geografische Lage zeigt einen leichten Zusammenhang bei der Bedeutungszumessung: In ostdeutschen Städten wird Kultureller Bildung ten-

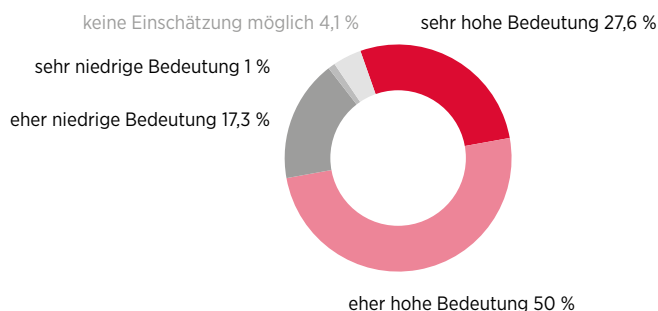
denziell häufiger eine hohe Bedeutung beigemessen als in westdeutschen Städten [Schaubild 10 → S. 62]. Hingegen zeigt sich zwischen der allgemeinen finanziellen Lage der Stadt und der Bedeutung Kultureller Bildung kein unmittelbarer Zusammenhang: Städte mit einer durchschnittlichen Finanzsituation messen Kultureller Bildung am seltensten eine sehr hohe Bedeutung bei. In Städten mit stark unterdurchschnittlichen, aber auch stark überdurchschnittlichen finanziellen Möglichkeiten besitzt Kulturelle Bildung am häufigsten einen hohen Stellenwert [Schaubild 11 → S. 52].

Zwischen der demografischen Struktur und der Bedeutung Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung zeigt sich ebenso kein eindeutiger Zusammenhang. Die höchste Bedeutung wird Kultureller Bildung in Städten mit einem durchschnittlichen Anteil von Kindern und Jugendlichen an der Bevölkerung (das heißt, einem Anteil zwischen 14 Prozent und 16 Prozent) beigemessen. In Städten mit über- wie auch unterdurchschnittlichem Jugendanteil wird die Bedeutung Kultureller Bildung seltener als hoch eingeschätzt [Schaubild 12 → S. 52].

Zwischen der Arbeitslosenquote – die hier als Indikator für die Verbreitung sozialer Problemlagen herangezogen wird – und der Einschätzung der Bedeutung Kultureller Bildung besteht nach den Befragungsergebnissen nur ein schwach²³ ausgeprägter Zusammenhang [Schaubild 13 → S. 52]. In Städten mit überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit wird Kultureller Bildung tendenziell seltener eine hohe Bedeutung beigemessen.

Mit Ausnahme der Stadtgröße steht die Kultureller Bildung beigemessene Bedeutung damit in keinem signifikanten Zusammenhang zu den betrachteten strukturellen Einflussfaktoren. Vielmehr legen die Ergebnisse der Befragung nahe, dass der Stellenwert Kultureller Bildung maßgeblich mit stadtspezifischen politischen Prioritätensetzungen, aber weniger mit äußeren Rahmenbedingungen einhergeht. Eine besondere Relevanz kommt diesem Befund dadurch zu, dass – wie in den folgenden

8 Welche Bedeutung besitzt Kulturelle Bildung für die Politik und Verwaltung in Ihrer Stadt?



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

Kapiteln dargestellt wird – der Stellenwert Kultureller Bildung in deutlichem Zusammenhang mit weiteren Faktoren steht, die zur Förderung Kultureller Bildung beitragen können.

Organisation und Koordination Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung

Mit Bezug auf die Aachener Erklärung wurde in der Studie zudem gefragt, welche ‚Instrumente‘ zur Organisation und Koordination Kultureller Bildung vor Ort eingesetzt werden. Maßgeblich geht diese Auswahl abgefragter Instrumente [Schaubild 14] auf die Aachener Erklärung²⁴ beziehungsweise auf den Leittext für eine doppische Gemeindehaushaltsverordnung der Innenministerkonferenz von 2003 zurück.²⁵

Am stärksten verbreitet ist nach den Angaben der Städte die Einbettung Kultureller Bildung in ein vernetztes System von Erziehung, Bildung und Betreuung im Sinne einer Kommunalen Bildungslandschaft. 59 Prozent der Städte geben an, dass dies für ihre Gemeinde zutrifft. In etwas weniger als der Hälfte der befragten Städte (45 Prozent) enthält der Haushaltsplan Kennzahlen oder Indikatoren zur Kulturellen Bildung. Nur ein knappes Drittel der Städte (30 Prozent) verfügt über eine Koordinierungsstelle für Kulturelle Bildung. Sogar nur ein Viertel hat ein Gesamtkonzept²⁶ zur Kulturellen Bildung.

Insofern klaffen zwischen dem Anspruch der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages

von 2007²⁷ und der alltäglichen, erfolgsorientierten Steuerung im Bereich der Kulturellen Bildung – trotz aller Erfolge – noch Lücken. Es verwundert daher nicht, dass die Mehrheit der befragten Kommunen sowohl die Notwendigkeit für eine wirksamere organisatorische Koordinierung der Angebote Kultureller Bildung als auch zu ihrer Finanzierung sieht.²⁸

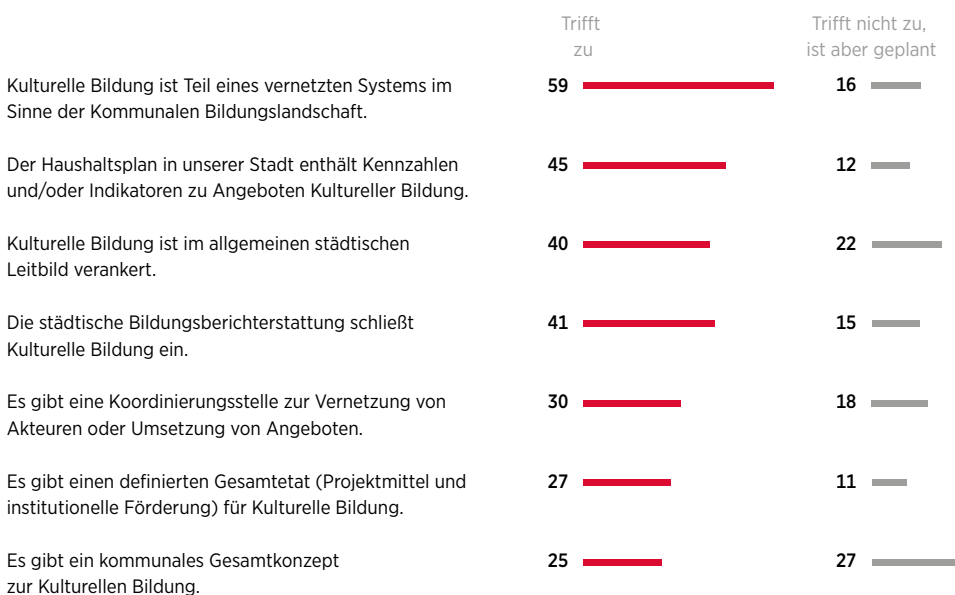
Noch nicht eingeführt, aber geplant sind einzelne der oben genannten Instrumente in jeweils weiteren 11 bis 22 Prozent der Städte. Lediglich ein kommunales Gesamtkonzept zur Kulturellen Bildung wird etwas häufiger (27 Prozent) geplant.

Um die unterschiedliche Intensität einzuschätzen, mit der die Städte Kulturelle Bildung koordinieren, wird im Folgenden die Anzahl der jeweils eingesetzten Instrumente betrachtet. In fünf Prozent der Städte werden sämtliche erhobenen Instrumente eingesetzt, in zehn Prozent der Städte überhaupt keines [Schaubild 15 → S. 53].

Für die weiteren Analysen werden die Städte nach Anzahl der eingesetzten Instrumente in drei Gruppen eingeteilt:

1. Städte mit hoher Koordinierungsintensität: 5 oder mehr eingesetzte Instrumente (17 Prozent der Städte)
2. Städte mit mittlerer Koordinierungsintensität: 3 oder 4 eingesetzte Instrumente (32 Prozent der Städte)
3. Städte mit geringer Koordinierungsintensität: weniger als 3 eingesetzte Instrumente (53 Prozent der Städte)

14 Wie wird Kulturelle Bildung in Ihrer Stadt organisiert und koordiniert? (7 Instrumente)



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

Städte mit hoher Koordinierungsintensität setzen – definitionsgemäß – nahezu sämtliche Instrumente ein. In 35 Prozent dieser Städte gibt es allerdings keinen Gesamtetat für Kulturelle Bildung, in jeweils 24 Prozent keine Kennzahlen zur Kulturellen Bildung in den Haushaltsplänen oder kein kommunales Gesamtkonzept zur Kulturellen Bildung [Schaubild 16].

In Städten mit mittlerer Koordinierungsintensität sind am häufigsten Kennzahlen zur Kulturellen Bildung im Haushaltsplan, die Einbettung in Kommunale Bildungslandschaften²⁹ und die Verankerung im städtischen Leitbild verbreitet. Gesamtkonzepte zur Kulturellen Bildung, Koordinierungsstellen sowie definierte Gesamtetats existieren hier am seltensten.

Am häufigsten wird als Koordinierungsinstrument – auch bei Städten mit geringer Koordinierungsintensität – die Berücksichtigung Kultureller Bildung innerhalb eines vernetzten Systems von Erziehung, Bildung und Betreuung im Sinne der Kommunalen Bildungslandschaften genannt. In welchem Ausmaß und welcher Intensität Kulturelle Bildung hierbei gegenüber anderen Bereichen, insbesondere in der formalen Bildung, Berücksichtigung findet, ist auf Grundlage der Ergebnisse der Befragung allerdings nicht einschätzbar. Insgesamt zeigt sich, dass bei den 41 Prozent, die in ihrer Stadt derzeit keine Kommunale Bildungslandschaft realisiert sehen, deutlich weniger Koordination (mit diesen Instrumenten) geleistet wird, als in jenen Städten, die sich als Kommunale Bildungslandschaft einstufen.³⁰

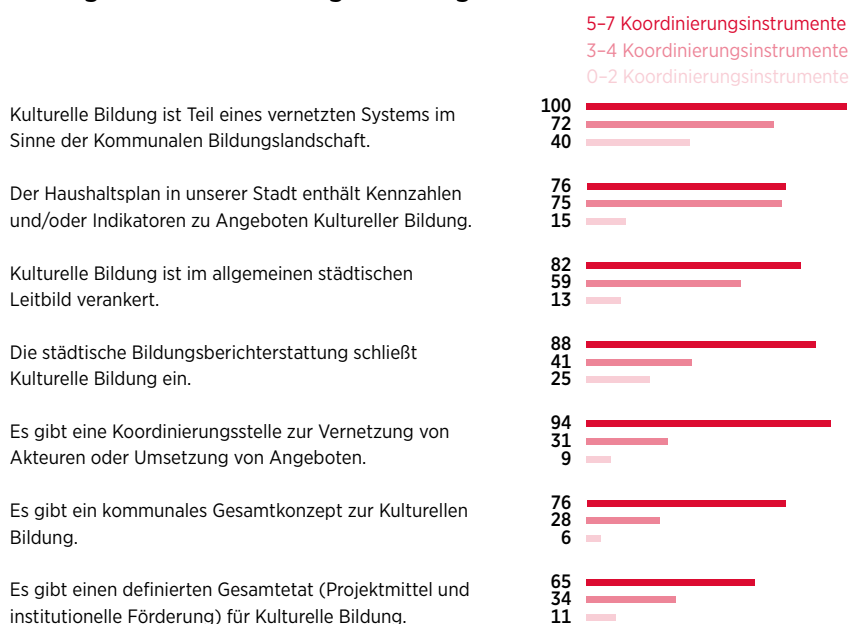
Strukturelle Einflussfaktoren auf die Koordinierungsintensität

Je höher die Einwohnerzahl ist, umso mehr Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung – etwa Kennzahlen im Haushalt, ein Leitbild oder eine regelmäßige Bildungsberichterstattung – werden tendenziell eingesetzt [Schaubild 17 → S. 53].³¹ Nicht unerwartet wächst auch die Zahl der Instrumente zur Evaluation, die zur Auswertung von Projekten und Maßnahmen herangezogen werden.³² Eine mögliche Erklärung ist, dass der Aufwand für die Koordinierung in den kleineren Städten aufgrund der überschaubareren Verwaltungen geringer ist. Zudem steigt die Zahl beteiligter Verwaltungseinheiten nachvollziehbarerweise ebenso signifikant bei höherer Einwohnerzahl.³³

Zwischen der finanziellen Situation der Städte und der Koordinierungsintensität bestehen hingegen keine messbaren Zusammenhänge. In Städten mit unterdurchschnittlicher Haushaltssituation sind Koordinierungsinstrumente in vergleichbarem Maße verbreitet wie in Städten mit überdurchschnittlicher Haushaltssituation. Deutlich geringer ist die Koordinierungsintensität in Städten mit durchschnittlicher Finanzlage [Schaubild 18 → S. 53].

Ein stimmiger Zusammenhang zeigt sich zwischen der Anzahl der eingesetzten Instrumente und der von den Befragten eingeschätzten Bedeutung Kultureller Bildung in der kommunalen Politik und Verwaltung: Je höher der Stellenwert, umso mehr Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung –

16 In den Städten eingesetzte Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung nach Anzahl der insgesamt eingesetzten Instrumente



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

etwa Kennzahlen im Haushalt, ein Leitbild oder eine regelmäßige Bildungsberichterstattung – werden eingesetzt³⁴ [Schaubild 19 → S. 54].

Zusammenarbeit der Kommunalverwaltung mit Akteuren der Kulturellen Bildung

Um Auskunft darüber zu erhalten, wie die Kommunalverwaltung und die Akteure (Anbieter) von Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung zusammenarbeiten, wurde nach dem Gebrauch vier verschiedener Mittel der Prozesssteuerung gefragt [Schaubild 20]. Von Interesse war zudem, wie intensiv die Steuerungsmittel angewendet werden: Dazu konnte die Antwort in vier Stufen graduiert gegeben werden (trifft vollständig zu; trifft zum Teil zu; trifft nicht zu, ist aber geplant; trifft nicht zu und ist nicht geplant).

Nur ein geringer Teil der Städte setzt diese Steuerungsmittel regelmäßig ein (trifft voll zu): In lediglich 17 Prozent der Städte erfolgt eine vollständige Dokumentation der Umsetzung der städtisch geförderten Angebote; in nur 14 Prozent der Städte gibt es durchgängig schriftliche Vereinbarungen der Stadt mit den Akteuren Kultureller Bildung. Von einer Mehrheit der Städte werden die Steuerungsmittel dagegen zumindest teilweise ein-

gesetzt: 31 Prozent der befragten Städte setzen sämtliche vier Steuerungsmittel zumindest zum Teil ein. Weitere 44 Prozent greifen auf zwei oder drei Steuerungsmittel zurück, 27 Prozent der Städte auf höchstens ein Steuerungsmittel [Schaubild 21]. Am häufigsten verbreitet sind dabei Abstimmungen zur Planung von Angeboten sowie schriftliche Vereinbarungen zwischen Stadt und Akteuren Kultureller Bildung.

Die Anzahl dieser Steuerungsmittel steht dabei in einem engen Zusammenhang mit der in den vorhergehenden Abschnitten dargestellten Koordinierung Kultureller Bildung. Je mehr der sieben Instrumente zur Koordinierung und Organisation auf Seiten von Politik und Verwaltung eingesetzt werden, umso mehr der vier Steuerungsmittel setzt die Kommunalverwaltung auch für die Zusammenarbeit mit den Akteuren (Anbietern) der Projekte und Maßnahmen Kultureller Bildung ein. 65 Prozent der Städte mit hoher Koordinierungsintensität greifen auf sämtliche der vier Steuerungsmittel zurück [Schaubild 22 → S. 54]. Diese Befunde legen den Schluss nahe, dass eine umfassende Organisationsstruktur zwischen Politik und Verwaltung eine zumindest begünstigende, wenn nicht notwendige Voraussetzung für gelingende Zusammenarbeit mit den Anbietern kultureller Bildungsprojekte darstellt.

20 Wie wird die Zusammenarbeit mit Akteuren der Kulturellen Bildung in Ihrer Stadt organisiert? (4 Steuerungsmittel)

	Trifft vollständig zu	Trifft zum Teil zu
Die Akteure Kultureller Bildung stimmen die Planung von Angeboten mit der Stadt ab.	7	69
Es gibt schriftliche Vereinbarungen der Stadt mit Akteuren der Kulturellen Bildung.	14	50
Die Umsetzung der städtisch geförderten Angebote Kultureller Bildung wird systematisch dokumentiert.	17	39
Es gibt Zielvereinbarungen mit Akteuren der Kulturellen Bildung hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten.	4	45

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

21 Anzahl der in den Städten angewendeten Mittel zur Steuerung der Angebote von Akteuren der Kulturellen Bildung

4 Steuerungsmittel	31
3 Steuerungsmittel	22
2 Steuerungsmittel	22
1 Steuerungsmittel	14
keine	13

Antworthäufigkeiten absolut von n = 102 Städten

Bedarf für eine wirksamere Koordination der Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung

Jeweils über die Hälfte der befragten Städte sieht die Notwendigkeit für eine wirksamere Koordination Kultureller Bildung in ihrer Stadt, sowohl was die Organisation der Angebote, als auch was die Finanzierung Kultureller Bildung betrifft. Mit einem Anteil von 61 Prozent der befragten Städte wird der Handlungsbedarf noch etwas häufiger bei der Organisation und Koordination Kultureller Bildung als bei der Koordination ihrer Finanzierung geäußert [Schaubild 23].

Die Notwendigkeit für eine wirksamere Koordination der Finanzierung Kultureller Bildung wird unabhängig davon genannt, wie intensiv Kulturelle Bildung in der Stadt bereits organisiert und koordiniert wird. Einen überdurchschnittlich hohen Bedarf zur Koordination der Finanzierung Kultureller Bildung bemerken sowohl Städte mit stark unterdurchschnittlicher als auch stark überdurchschnittlicher finanzieller Situation.

Anders sieht es hingegen bei der Frage nach der Notwendigkeit für eine wirksamere organisatorische Koordination der Angebote Kultureller Bildung aus. Hier äußern Städte mit einer bereits hohen Koordinierungsintensität (Einsatz von 5 bis 7 Instrumenten) zu einem Anteil von 35 Prozent deutlich seltener Handlungsbedarf als Städte mit einer geringeren Zahl eingesetzter Instrumente [Schaubild 24].

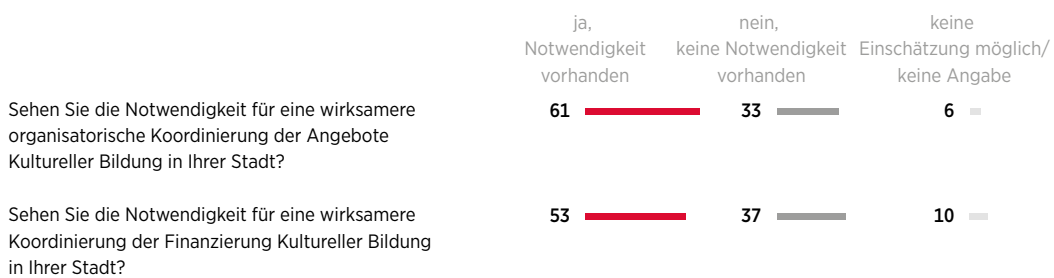
Bei weiteren Strukturmerkmalen und Kontextindikatoren zeigen sich indes keine oder keine eindeutigen Zusammenhänge mit dem geäußerten Handlungsbedarf zur Koordinierung der Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung.

Evaluation der Angebote Kultureller Bildung

Evaluationen der Angebote Kultureller Bildung werden nur von einem geringen Teil der Städte regelmäßig durchgeführt [Schaubild 25 → S. 55]. Evaluationen sind dennoch verbreitet, werden aber überwiegend nur für einen Teil der Angebote vorgenommen. Befragungen von Teilnehmenden der Angebote, Selbstevaluationen der Einrichtungen/Projekte, Befragungen der Einrichtungen und Akteure sowie die Auswertung von Tätigkeitsberichten der Einrichtungen werden jeweils in über der Hälfte der Städte bei einem Teil der Angebote durchgeführt. Externe Evaluationen sind dagegen unüblicher und werden nur in einem Viertel der Städte und dort nur teilweise veranlasst.

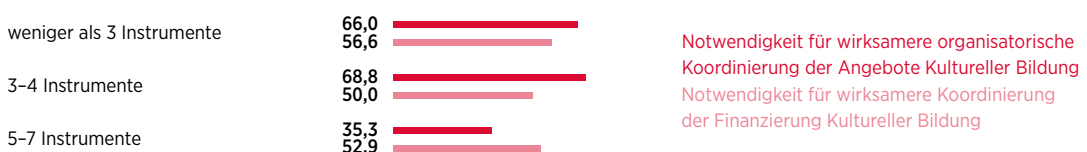
18 Prozent der Städte verzichten vollständig auf Evaluationen ihrer Angebote der Kulturellen Bildung [Schaubild 26 → bitte umblättern]; weitere zwölf Prozent setzen lediglich ein oder zwei Methoden ein. Eine typische Auswahl besonders häufig eingesetzter Evaluationsmethoden lässt sich bei Städten mit geringer Anzahl eingesetzter Evaluationsformen nicht erkennen.

23 Bedarf für eine wirksamere Koordination von Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

24 Bedarf für eine wirksamere Koordination der Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung nach Anzahl der eingesetzten Koordinierungsinstrumente



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

Insgesamt 38 Prozent der Städte greifen auf ein breites Spektrum an Evaluationsmethoden zurück und setzen fünf oder mehr Instrumente zur Evaluation der Angebote ein.

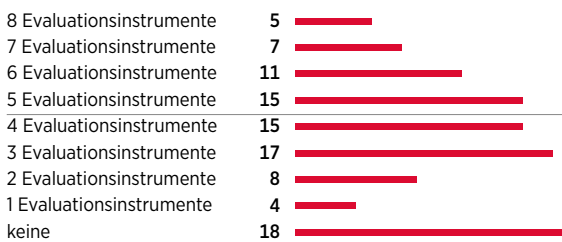
Statistisch signifikant ist der Zusammenhang zwischen dem Stellenwert Kultureller Bildung und der Entscheidung, ob Projekte Kultureller Bildung durch die Verwaltung evaluiert werden.³⁵ Möglicherweise ist die Bedeutungszuschreibung auch ein Motiv für die Bereitschaft, Evaluationsmethoden einzusetzen. Mit einem Anteil von 88 Prozent setzen die Städte mit hoher Koordinierungsintensität Kultureller Bildungsangebote auch 5 oder mehr Evaluationsmethoden für die Überprüfung dieser Angebote ein. Städte mit mittlerer Koordinierungsintensität verwenden am häufigsten drei oder vier Evaluationsformen [Schaubild 27]. Zwischen hoher Koordinierungsintensität und umfassender Evaluation besteht mithin ein Zusammenhang³⁶, ohne dass die hiesigen Daten klären können, ob Evalua-

tionen zu mehr Koordinierung geführt haben oder umgekehrt. Sowohl die Koordinierungsintensität als auch die Anzahl der eingesetzten Evaluationsinstrumente nehmen mit steigender Einwohnerzahl zu.³⁷

An der Finanzierung Kultureller Bildung beteiligte Verwaltungseinheiten

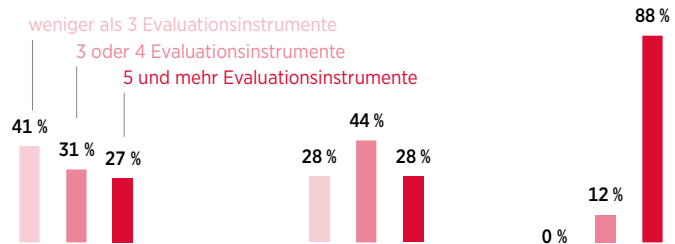
In nahezu sämtlichen Städten sind das Kulturamt und Kommunale Kultureinrichtungen (die selbst auch Teil des Kulturamts sein können) an der Finanzierung Kultureller Bildung beteiligt. Auch die Volkshochschulen sind in über zwei Drittel der Städte in die Finanzierung Kultureller Bildung eingebunden [Schaubild 28 → S. 56]. Jugendämter und Schulverwaltungsämter sind jeweils in knapp 60

26 Anzahl der eingesetzten Instrumente zur Evaluation der Angebote Kultureller Bildung



Antworthäufigkeiten absolut von n = 100 Städten

27 Anzahl der eingesetzten Instrumente zur Evaluation der Angebote Kultureller Bildung nach Anzahl der Instrumente zur Organisation und Koordinierung Kultureller Bildung



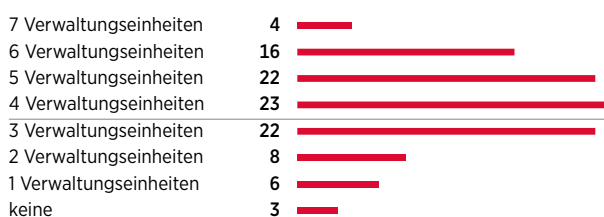
Anzahl der eingesetzten Instrumente: weniger als 3 Instrumente

3-4 Instrumente

5-7 Instrumente

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100

29 Anzahl der an der Finanzierung Kultureller Bildung beteiligten Verwaltungseinheiten in den Städten



Antworthäufigkeiten absolut von n = 104 Städten

Prozent der Städte an der Finanzierung des Angebotes Kultureller Bildung beteiligt. Sozialämter und sonstige Verwaltungseinheiten sind dagegen nur in einem Fünftel der Städte Teil der Finanzierungsstruktur Kultureller Bildung.

In 20 Prozent der Städte sind mindestens sechs der sieben erhobenen Verwaltungseinheiten in die Finanzierung Kultureller Bildung eingebunden [Schaubild 29 → S. 28]. In jeweils einem guten Fünftel der Städte sind fünf, vier oder drei Verwaltungseinheiten an der Finanzierung Kultureller Bildung beteiligt, in 17 Prozent der Städte weniger als drei Verwaltungseinheiten.

Kulturamt, Kommunale Kultureinrichtungen und etwas seltener die Volkshochschule bilden in sämtlichen Städten den Kern der kommunalen Finanzierung Kultureller Bildung. Werden weitere Organisationseinheiten beteiligt, kommen zunächst das Schulverwaltungsamt und das Jugendamt hinzu. Erst bei Städten mit mehr als vier beteiligten Ämtern ist in der Regel das Sozialamt darunter.

gerhäusern (38 Prozent) wird dagegen seltener maßgeblich finanziell unterstützt. Die Kulturämter selbst steuern Beiträge von hoher Bedeutung zur Kulturellen Bildung in städtischen und nicht-städtischen Kultureinrichtungen sowie in soziokulturellen Zentren bei.

Bei der Kulturellen Bildung im Bereich der Weiterbildung sind die Volkshochschulen die wichtigsten Finanziere und zugleich Anbieter. Die Schulämter leisten erwartungsgemäß bei der Kulturellen Bildung in Ganztagschulen und Horten einen relevanten Beitrag. Die Jugendämter steuern vor allem zur Kulturellen Bildung in der offenen Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag bei.

In sämtlichen Angebotsbereichen ist der Anteil der Städte mit bedeutenden finanziellen Beiträgen zu den verschiedenen Bereichen höher, wenn die allgemeine Bedeutung Kultureller Bildung höher eingeschätzt wird [Schaubild 31]. Dies stützt nochmals die Grundaussage dieser Studie, wonach die politische Bedeutung in einem erkennbaren Zusammenhang mit konkreten Aktivitäten und offenbar auch mit der Finanzierung Kultureller Bildung steht.

Finanzielle Beiträge der Ämter zu Angeboten der Kulturellen Bildung

Am häufigsten leisten kommunale Verwaltungseinheiten finanzielle Beiträge mit hoher Bedeutung für Angebote Kultureller Bildung in den kommunalen Kultureinrichtungen [Schaubild 30 → S. 56]. 80 Prozent der Städte gaben dies an. 65 Prozent nannten Finanzierungsanteile hoher Bedeutung für die Angebote Kultureller Bildung im Vorschulbereich, gefolgt von Ganztagschulen/Horten (62 Prozent) und Angeboten Kultureller Bildung in der Weiterbildung (60 Prozent). Kulturelle Bildung in der Stadtteilsozialarbeit (40 Prozent) und in Kultur- und Bür-

Ein hoher Stellenwert Kultureller Bildung zeigt sich deutlich an den ‚Orten‘ der Angebote

In der offenen Jugendarbeit (+46 Prozentpunkte), in Ganztagschulen/Horten (+40 Prozentpunkte) sowie in der Stadtteilsozialarbeit (+38 Prozentpunkte) trägt mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit³⁸ mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung bei, wenn diese Stadt Kultureller Bildung eine hohe Bedeutung bei-

31 Angebotsbereiche Kultureller Bildung, in denen mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung beiträgt, verglichen mit dem Stellenwert Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung der jeweiligen Kommune

	eher hoch / sehr hoch	eher niedrig / sehr niedrig	Differenz
in kommunalen Kultureinrichtungen	83	67	16
in der offenen Jugendarbeit	68	22	46
in Ganztagschulen/Horten	68	28	40
im Vorschulbereich	68	39	29
in der Weiterbildung	63	50	13
in soziokulturellen Zentren	63	39	24
in nicht-städtischen Kultureinrichtungen	61	28	33
im Regelunterricht	51	28	23
in der Stadtteilsozialarbeit	49	11	38
in Kultur-/Bürgerhäusern	43	11	32
in sonstigen Bereichen	16	11	5

Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 98 Städte)*

Wo innerhalb eines Schaubildes auf unterschiedliche Fallzahlen prozentuiert wird, ist dies kenntlich gemacht (*).

misst. Das stärkere Engagement vor allem in diesen Feldern unterscheidet diese Städte in signifikanter Weise von Städten, die Kultureller Bildung eine geringere Bedeutung beimessen.

Eine Schwerpunktsetzung im Bereich der Kulturellen Bildung führt damit offensichtlich dazu, dass diese auch in breiteren Kontexten angeboten wird. Die geringsten Unterschiede zwischen Städten, die Kultureller Bildung eine hohe beziehungsweise geringe Bedeutung beimessen, zeigen sich bei den Beiträgen zu Kultureller Bildung in kommunalen Kultureinrichtungen und bei der Weiterbildung (bei der die Volkshochschulangebote zentral sind). Dies scheint ein verbreitetes „Grundprogramm“ Kultureller Bildung zu sein, das vielfach auch stattfindet, wenn Kulturelle Bildung in Politik und Verwaltung einen geringeren Stellenwert hat.

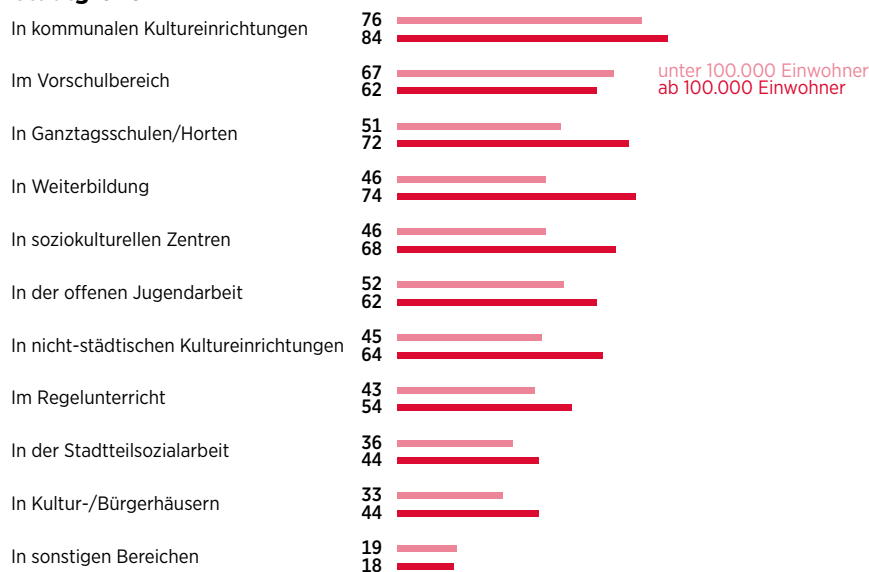
Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern finanzieren sowohl nicht-städtische Maßnahmen als auch Angebote im Rahmen von Weiterbildung sowie im Ganztage beziehungsweise in Horten deutlich seltener als Großstädte [Schaubild 32]. Bei der Finanzierung von Maßnahmen Kultureller Bildung

in eigenen Kultureinrichtungen ist kaum ein Unterschied zwischen Städten unter und über 100.000 Einwohnern festzustellen.

Anteile städtischer und nicht-städtischer Akteure an der Umsetzung des Gesamtangebotes Kultureller Bildung

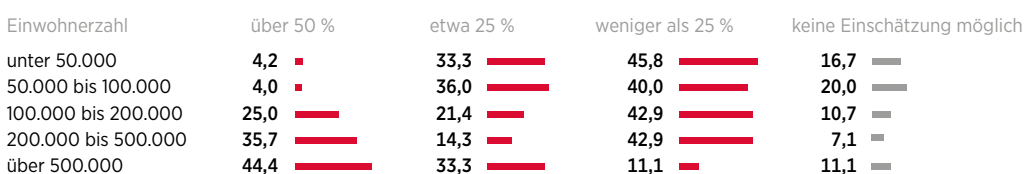
Nichtstädtische Akteure tragen einen bedeutenden Teil zum Gesamtangebot Kultureller Bildung bei. In knapp der Hälfte der Städte (45 Prozent) sind nicht-städtische und städtische Akteure in etwa gleichem Maße an der Erbringung der Angebote beteiligt, in nahezu jeder zehnten Stadt nehmen nichtstädtische Angebote sogar die maßgebliche Rolle ein. Lediglich in 38 Prozent der Städte überwiegt der Anteil des von städtischen Einrichtungen umgesetzten Angebots [Schaubild 33 → S. 57]. Ein nahezu aus-

32 Angebotsbereiche Kultureller Bildung, in denen mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung beiträgt, verglichen nach Stadtgröße



Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 104 Städte)*

37 Finanzierungsanteil der Städte am nicht-städtischen Angebot Kultureller Bildung nach Stadtgröße



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

schließlich durch die Stadt durchgeführtes Angebot bildet die Ausnahme.

Eine besonders wichtige Rolle in der Angebotslandschaft spielen nicht-städtische Akteure in Städten mit 200.000 bis 500.000 Einwohnern [Schaubild 34 → S. 58]. Dass indes Städte über 500.000 Einwohner wiederum deutlich stärker ihre eigenen Kultureinrichtungen als Akteur kultureller Bildungsangebote finanzieren, könnte daran liegen, dass drei der neun³⁹ in dieser Größenklasse der Stichprobe vertretenen Städte Stadtstaaten sind, die zugleich mit ihren staatlichen Aufgaben – etwa dem Schulwesen – andere Prioritäten setzen. Dies jedoch bedürfte einer gesonderten Untersuchung. Ein deutlicher – in der Richtung unerwarteter – Zusammenhang zeigt sich zwischen der finanziellen Situation der Städte und den Anteilen städtischer und nicht-städtischer Angebote. Je schlechter die finanzielle Lage der Stadt ist, desto größer ist der Anteil städtischer Angebote am Gesamtangebot Kultureller Bildung [Schaubild 35 → S. 58].

Zu den Ursachen dieser Zusammenhänge zwischen der Bedeutung städtischer und nicht-städtischer Akteure am Gesamtangebot Kultureller Bildung mit der Stadtgröße wie auch der finanziellen Situation können auf Grundlage der Befragung keine weitergehenden Aussagen getroffen werden. Einen möglichen Faktor, der in der Studie jedoch nicht erhoben wurde, stellen hierbei sicherlich lokale zivilgesellschaftliche Strukturen und Ressourcen in den Bereichen Kultur im Allgemeinen und Kultureller Bildung im Speziellen dar, die in Abhängigkeit von der Stadtgröße und der wirtschaftlichen Situation der Einwohner und der Stadt insgesamt variieren können. Auch dies ist ein lohnendes Feld für weitere Untersuchungen.

Finanzierungsanteil der Stadt an nicht-städtischen Angeboten Kultureller Bildung

Das nichtstädtische Angebot Kultureller Bildung wird erwartungsgemäß überwiegend nicht maßgeblich durch die Städte finanziert. Lediglich 18 Prozent der Städte steuern mehr als die Hälfte der

Finanzierung der nicht-städtischen Angebote bei. 40 Prozent der Städte tragen weniger als 25 Prozent der Kosten nicht-städtischer Angebote Kultureller Bildung [Schaubild 36 → S. 58].

Ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen der Größe einer Stadt und ihrer finanziellen Beteiligung an nicht-städtischen Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung [Schaubild 37 → S. 30]: Je größer die Stadt, umso eher finanziert sie Projekte Kultureller Bildung, die durch Freie Träger durchgeführt werden. Treten nur 4 Prozent der Städte mit weniger als 100.000 Einwohnern als ‚Mehrheitsfinanzierer‘ des nicht-städtischen Angebotes Kultureller Bildung vor Ort auf, geben mehr als ein Drittel der Großstädte mit mehr als 200.000 Einwohnern dies an.

Dieser Befund kann vor dem Hintergrund erweiterter Aufgaben von Großstädten für die Versorgung des Umlandes betrachtet werden, etwa, indem größere Kultureinrichtungen und Freie Träger mit eigenständigen Programmen Kultureller Bildung dort wahrscheinlicher anzutreffen sind als in kleineren Städten.

Städte mit unterdurchschnittlicher Haushaltslage steuern häufiger als Städte mit besserer Finanzsituation lediglich einen kleinen Anteil von unter 25 Prozent zur Finanzierung nicht-städtischer Angebote Kultureller Bildung bei [Schaubild 38 → S. 58]. Allerdings ist auch der Anteil der Städte, die sich maßgeblich am nicht-städtischen Angebot finanziell beteiligen, bei Städten mit schlechter Haushaltslage überdurchschnittlich hoch.

Bedeutung nicht-städtischer Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung

Unter den nicht-städtischen Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung nehmen die Bundesländer – aufgrund ihrer gesetzlichen Zuständigkeit in Kultur- und Bildungsfragen – eine exponierte Stellung ein: Drei Viertel der Städte messen den Beiträgen der Länder eine hohe oder zumindest mittlere Relevanz bei, es folgen als wichtigste Finanzierungsquellen die Beiträge von Eltern und Besuchern (52 Prozent) sowie die Mittel Freier Trä-

ger (51 Prozent) [Schaubild 39]. Auch öffentliche und private Stiftungen werden von mindestens 47 beziehungsweise 41 Prozent der Kommunen als relevante Partner bezeichnet.

Insbesondere jene Städte, die Kultureller Bildung hohe Bedeutung einräumen, betrachten die Kofinanzierung des Landes signifikant häufiger als wichtig [Schaubild 40].⁴⁰ Ein statistischer Zusammenhang ist in dieser Frage zudem zu beobachten, wenn Städte ihr Budget für Kulturelle Bildung als auskömmlich ansehen.⁴¹ Da auch zwischen diesen beiden Kriterien selbst – Stellenwert Kultureller Bildung und Auskömmlichkeit ihres Budgets – ein Zusammenhang besteht, kann ein mehrfacher Zusammenhang behauptet werden: Wobei die

Frage nach der Ursächlichkeit – ob also der Stellenwert vor Ort in Politik und Verwaltung Ausgangspunkt für eine wahrscheinlichere Landesförderung ist und diese die Einschätzung eines auskömmlicheren Etats wiederum begünstigt oder umgekehrt – durch gezieltere Untersuchungen geklärt werden müsste. Jedoch zeigt der Faktor Stellenwert im Rahmen dieser Studie eine ganze Palette weiterer Korrelationsbeziehungen, sodass seine prägende Wirkung hier angenommen wird.

Auch private Unternehmen werden häufiger als relevante Finanzierungspartner von Städten genannt, die Kultureller Bildung einen höheren Stellenwert einräumen beziehungsweise die ihr Budget für Kulturelle Bildung als auskömmlicher ansehen.⁴²

39 Bedeutung nicht-städtischer Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung

	hohe Relevanz	mittlere Relevanz	geringe Relevanz	keine Relevanz	keine Einschätzung möglich / keine Angabe
Land	45	30	17	0	8
Privatpersonen (z. B. Eltern, Beitragszahler, Besucher etc.)	19	33	24	3	21
Freie Träger (z. B. Vereine, Religionsgemeinschaften, Verbände)	20	31	22	12	15
Öffentliche Stiftungen	19	28	32	9	13
Private Stiftungen	15	26	33	9	17
Private Unternehmen	7	28	41	8	16
Priv. Mäzene und Sponsoren	12	21	38	12	18
Bund	6	25	47	11	12
Öffentliche Unternehmen	6	19	43	11	21
EU	4	11	35	38	13
Rundfunk- und Fernsehanstalten	0	5	16	61	18
Andere	0	2	3	10	86

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

40 Zusammenhang zwischen der Bedeutung Kultureller Bildung und der Relevanz von Finanzierungspartnern für die Städte



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 94 Städten

Auch Öffentliche Stiftungen werden von diesen Kommunen eher als relevante Partner genannt.⁴³ Freie Träger⁴⁴ und Privatstiftungen⁴⁵ werden als relevante Partner besonders dann angesehen, wenn das eigene Budget auskömmlich ist.

Privatstiftungen wird als Kofinanzierer interessanterweise dann von Kommunen eine besondere Bedeutung beigemessen, wenn sie auch weiteren Akteuren des Privatsektors hohe Relevanz zuschreiben.⁴⁶ Hingegen messen eben diese Städte potentiellen Partnern des öffentlichen Sektors nicht in erkennbarem Maße besondere Bedeutung als Kofinanzierer zu. Vor diesem Hintergrund liegt der Eindruck nahe, dass die Förderung Kultureller Bildung durch Privatstiftungen im kommunalen Bereich nicht in eine öffentliche Förderlandschaft aus Bund, Land, öffentlichen Unternehmen oder öffentlichen Stiftungen eingebettet ist.

Eine Förderlandschaft zeigt sich auch für Mittel des Bundes: Sie werden von Kommunen in signifikanter Weise dann als bedeutsam erachtet, wenn auch die Förderungen durch die EU einerseits und das Land andererseits, aber auch durch Öffentliche Rundfunkanstalten statistisch belastbar⁴⁷ als wichtig genannt werden. Indes muss hier darauf hingewiesen werden, dass diese Förderlandschaft nur für eine sehr geringe Zahl der Städte Bedeutung besitzt: Lediglich 6 Prozent der Städte nennen Bundeszuschüsse hoch relevant, 4 Prozent die EU und keine der Städte sieht die Kofinanzierung von Maßnahmen Kultureller Bildung durch Öffentliche Rundfunkanstalten als hoch relevant an.⁴⁸

Die Landesbeiträge zur Finanzierung Kultureller Bildung sind in den Städten unabhängig von ihrer finanziellen Situation von höchster Bedeutung. Für Städte mit unterdurchschnittlicher Haushaltsituation sind die Beiträge von Privatpersonen und Privatunternehmen etwas häufiger als in anderen Städten von Relevanz [Schaubild 41 → S. 60]. In Städten mit überdurchschnittlicher Haushaltslage spielen Beiträge öffentlicher und privater Stiftungen häufiger als in anderen Städten eine Rolle, Bei-

träge Freier Träger sowie privater Unternehmen und Mäzene dagegen seltener.

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass Kommunen, die Kultureller Bildung eine hohe Bedeutung zumessen (Schwerpunktsetzung), sich wesentlich stärker um Kofinanzierer bemühen, und dass es unter ihnen anscheinend Städte gibt, die dabei stärker auf öffentliche Förderlandschaften setzen und solche, die stärker mit privaten Kofinanzierern zusammenarbeiten.

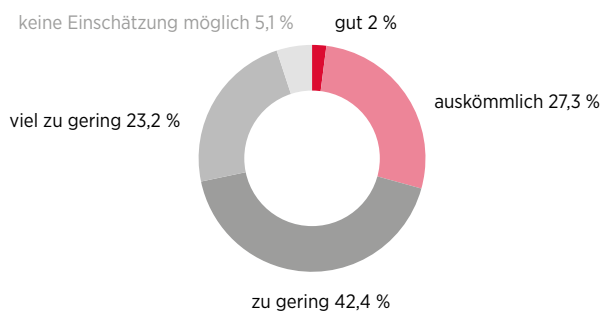
Bewertung der Durchführung von Angeboten Kultureller Bildung bei Beteiligung von Land, Bund und Freien Trägern

Bei der finanziellen Beteiligung von Bund, Land und Freien Trägern sehen die Städte in erster Linie Vorteile [Schaubild 42 → S. 60]. Einen Nachteil, dass die finanzielle Beteiligung dieser Quellen die zielgerichtete Gestaltung des Angebots Kultureller Bildung erschwert, bemerkt jeweils nur eine geringe Minderheit der Städte. Insbesondere die finanziellen Beiträge des Landes werden von den Städten als sehr wichtig bewertet.

Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung

Ca. 66 Prozent der an der Befragung beteiligten Städte bewerten ihr Budget für Kulturelle Bildung als zu gering, während nur rund 29 Prozent die zur Verfügung stehenden Mittel als auskömmlich oder gut bezeichnen [Schaubild 43].

43 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

Je größer die Stadt, desto seltener werden die Gesamtausgaben für Kulturelle Bildung als auskömmlich oder gut bewertet. Bemängelungen eines viel zu geringen Budgets kommen am häufigsten aus Städten zwischen 100.000 bis 500.000 Einwohnern [Schaubild 44 → S. 61].

Zwischen der Haushaltssituation der Städte insgesamt und der Bewertung der Budgets für Kulturelle Bildung zeigt sich kein klarer Zusammenhang. Städte mit unterdurchschnittlicher Finanzlage bewerten das Budget für Kulturelle Bildung nicht seltener als auskömmlich oder gut als Städte mit besserer Haushaltssituation [Schaubild 45 → S. 61].

Bemerkenswert ist jedoch der Zusammenhang zwischen der Beteiligung verschiedener Akteure und der Bewertung des Budgets: Stufen die Städte die Beteiligung des Landes in signifikanter Weise als bedeutsam ein, ebenso der Freien Träger und privater Unternehmen, so wird die eigene Budgetsituation auch besser eingeschätzt.⁴⁹ Langzeitstudien zu diesem Aspekt über etwaige systematische Koinzidenzen erscheinen angebracht: Steigert eine stärkere Zusammenarbeit mit Kofinanzierern in signifikantem Maße das eigene Budget? Oder gibt es gegenläufige Fälle und wird die Relevanz des Kofinanzierers dann als weniger wichtig erachtet?

Ein weiterer Zusammenhang zeigt sich zwischen der Einschätzung der Finanzierungssituation Kultureller Bildung und der Koordinierungsintensität der Angebote: Je mehr Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung in einer Stadt eingesetzt werden, desto häufiger wird das Budget für Kulturelle Bildung als auskömmlich bewertet [Schaubild 46 → S. 61]. Die Frage nach Ursache und Wirkung dieses Zusammenhangs kann auf Grundlage der Befragungsergebnisse nicht beantwortet werden. Es bleibt unklar, inwiefern durch eine stringente Koordinierung auskömmlichere Budgets oder eine zielgerichteter Mittelverwendung ermöglicht werden oder umgekehrt ausreichende Budgets erst eine umfassendere Koordinierung ermöglichen.

Die Anzahl der an der Finanzierung beteiligten kommunalen Verwaltungseinheiten wirkt sich dagegen nicht einheitlich auf die Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung aus. Eine größere Zahl finanziell beteiligter Ämter der Stadtverwaltung führt offensichtlich nicht zu einer als besser oder als schlechter wahrgenommenen Finanzausstattung im Bereich der Kulturellen Bildung [Schaubild 47 → S. 61].

Entwicklung der kommunalen Budgets für Kulturelle Bildung

Die vorliegende Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ fragte zudem nach einer Einschätzung der Städte über die Entwicklung der Gesamtausgaben für Kulturelle Bildung in den vergangenen fünf Jahren sowie für die kommenden fünf Jahre. Diese Einschätzungen wurden jeweils in zweifacher Weise erhoben: Zum einen wurde nach den Entwicklungen in absoluten Beträgen, zum anderen relativ zur Entwicklung des städtischen Gesamthaushalts gefragt.

26 Prozent der Kommunen berichten, ihr Budget für Kulturelle Bildung sei in absoluten Beträgen während der letzten Jahre gestiegen, 16 Prozent verzeichneten jedoch einen Rückgang (51 Prozent gleichbleibend) [Schaubild 48 → S. 62].

Abstriche bei der vielfach behaupteten „Konjunktur“ Kultureller Bildung

Diese überwiegend positive Entwicklung muss allerdings vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Budgetentwicklung der kommunalen Haushalte (und zum Teil auch der Teuerung) relativiert werden. Demnach entwickelte sich das Budget für Kulturelle Bildung während der letzten fünf Jahre in 26 Prozent der an der Studie teilnehmenden Städte erkennbar schlechter als der Gesamthaushalt (51 Prozent gleich; 9 Prozent positiver) [Schaubild 49 → S. 35]. Die oft aufgerufene „Konjunktur“ der Kulturellen Bildung in den vergangenen Jahren bestätigt sich in Bezug auf die Finanzierung also keineswegs.

Auch der Blick der befragten Kommunen in die Zukunft der Kulturellen Bildung vor Ort ist gemischt: Für die kommenden fünf Jahre erwarten lediglich 15 Prozent der Städte steigende Budgets für die Kulturelle Bildung, 20 Prozent der Städte gehen dagegen von rückläufigen Budgets aus [Schaubild 50 → S. 62].

Im Vergleich zur Entwicklung des Gesamthaushalts ihrer Stadt erwarten 20 Prozent der Städte sinkende Finanzen für Projekte Kultureller Bildung, hingegen rechnen nur 6 Prozent mit einer Zunahme

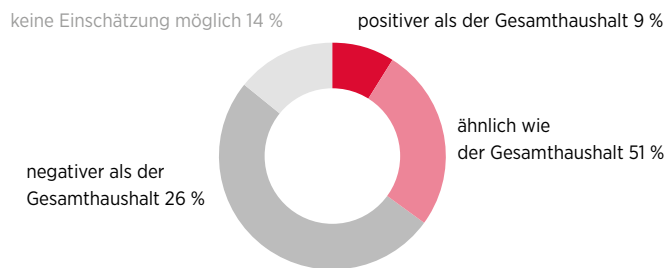
[Schaubild 51]. Auf einen generellen Bedeutungszuwachs des Aufgabenfeldes Kulturelle Bildung, der sich auch in entsprechend steigenden Budgets niederschlägt, deuten diese Einschätzungen und Erwartungen der Städte damit nur bedingt hin.

Als deutlicher Einfluss auf die Entwicklung kommunaler Budgets in den vergangenen Jahren zeigt sich der Stellenwert Kultureller Bildung: So sind die Budgets in Kommunen, die Kultureller Bildung hohe Bedeutung beimessen, während der letzten fünf Jahre signifikant häufiger im Verhältnis zum Gesamthaushalt gestiegen oder gleichgeblieben als in Städten, die Kultureller Bildung eine geringere Bedeutung beimessen.⁵⁰ Bei der Frage, wie die Höhe des Budgets eingeschätzt wird, sagen in hoch signifikanter Weise diejenigen Städte, es sei auskömmlich oder gar gut, in denen Kulturelle Bildung viel Rückhalt in Politik und Verwaltung genießt.⁵¹

Nur tendenziell und auf nicht-signifikantem Niveau⁵² besteht hingegen ein Zusammenhang beim Vergleich der Bedeutung der Kulturellen Bildung für Politik und Verwaltung mit der Einschät-

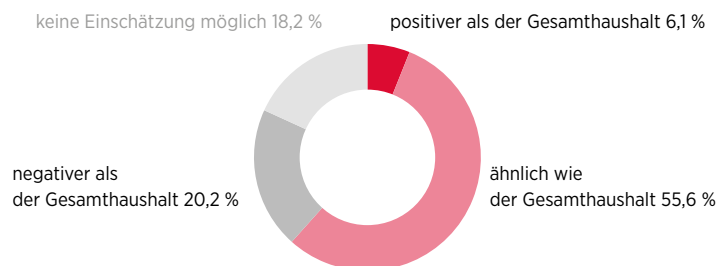
zung auf die Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung in den kommenden fünf Jahren: Bei Städten, in denen Kulturelle Bildung einen hohen Stellenwert besitzt, wird häufiger ein steigendes oder gleichbleibendes Budget erwartet. Bei Städten, in denen Kulturelle Bildung einen geringen Stellenwert besitzt, wird häufiger ein Budget-Rückgang erwartet. Indes fußt die mittelfristige Finanzplanung der Städte naturgegeben auf Planzahlen, insbesondere auf der Ertragsseite. Beispielsweise unterliegen die für die Kommunen in hohem Maße relevanten Einnahmen aus der Gewerbesteuer zum Teil starken, konjunkturabhängigen und mitunter schwer vorherzusagenden Schwankungen. Vor allem für die Finanzplanung sogenannter freiwilliger Leistungen der kommunalen Selbstverwaltung – etwa im Bereich Kultur, inklusive der Kulturellen Bildung – stellt das eine wiederkehrende Herausforderung dar.

49 Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung relativ zum Gesamthaushalt während der letzten 5 Jahre



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 97 Städten

51 Erwartete Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung relativ zum Gesamthaushalt während der nächsten 5 Jahre



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

„Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ fragte: Angenommen, Ihr Budget für Kulturelle Bildung würde signifikant steigen: Wofür würden Sie diese zusätzlichen Mittel verwenden?

Kulturverantwortliche aus 85 der 104 teilnehmenden Städten antworteten unter anderem:

„Strukturelle Maßnahmen ergreifen und Ideen über mehrere Jahre kontinuierlich fördern. Eine solche Konzeptionsförderung existiert bisher in unserer Kommune nicht.“

„Systematische Kooperationen von Kultureinrichtungen mit Kitas und Schulen.“

„Aufbau einer nachhaltig wirksamen Fachstruktur kultureller Bildung; Entwicklung und Implementierung eines Gesamtkonzeptes (Nachhaltigkeit, Qualitätsentwicklung, Transfer); statt punktueller Projektförderung gibt es einen definierten Gesamtetat für kulturelle Bildung.“

„1. Langfristige Kooperationen im Dreieck ‚Kultur-Schule-Soziales‘ fördern und strukturell verankern. 2. Installation eines professionellen ‚Kunstgeldbüros‘, das zusätzliche Finanzmittel in die Stadt holt und die (freien) Akteure bei Organisation und Verwaltung unterstützt.“

„Den Bau einer neuen Einrichtung, die kulturelle Bildungsangebote in den Bereichen VHS, Bibliothek und Musik- und Kunstschule (Bereich Tanz) eng ineinander verzahnt.“

46% der antwortenden Städte würden das Geld strukturell einsetzen: Aufbau von Netzwerken, Einrichtung von Koordinierungsstellen sowie für Gesamtkonzepte

29% der antwortenden Städte würden das Geld unmittelbar für mehr Teilhabe einsetzen: zielgruppenspezifische Angebote für Migranten oder sozial benachteiligte Menschen; Inklusion

13% der antwortenden Städte würden das Geld zur Verbesserung der Angebote im Ganztage nutzen



EINE POSITION

Finanzentwicklung in Deutschland der letzten Jahre und die Rolle von Kultureller Bildung.

Ein Kommentar zu den Befunden der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ von **Professor Dr. Jürgen Schupp**, Mitglied des Rates für Kulturelle Bildung

Finanzentwicklung in Deutschland der letzten Jahre und die Rolle von Kultureller Bildung.

Ein Kommentar zu den Befunden der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ von Professor Dr. Jürgen Schupp, Mitglied des Rates für Kulturelle Bildung

Vorbemerkungen⁵³

Kulturelle Bildung hat Konjunktur⁵⁴ – zumindest im Diskurs. Dieser geläufigen kultur- und bildungspolitischen Feststellung folgt gleichwohl fast reflexhaft der Hinweis auf eine mangelnde Finanzausstattung. Ein Widerspruch? Volkswirtschaftlich gesehen werden mit dem Konjunkturbegriff zyklische Schwankungen gesamtwirtschaftlicher Aktivitäten charakterisiert. Folgt also auf einen Aufschwung hinsichtlich der Steigerungen in den Budgets Kultureller Bildung der vergangenen Jahre alsbald der Abschwung? Und falls ja: Sollten wir uns im Sinne der Aachener Erklärung, die „Bildung als zentrales Feld der Daseinsfürsorge“⁵⁵ bezeichnet, nicht vielmehr in einer Situation befinden, in der öffentliche Haushalte auch unabhängig von zyklischen Schwankungen verlässliche Grundmittel für Kulturelle Bildung bereitstellen?

Ein Blick in den letzten Kulturfinanzbericht bestätigt mit Zahlen das Narrativ von der Konjunktur der Kultur, die auch wesentliche Teile⁵⁶ der Finanzierung Kultureller Bildung einschließt. So gelingt der öffentlich finanzierten Kulturförderung die Aufrechterhaltung wie Weiterentwicklung eines breiten Spektrums an Aktivitäten im Bereich Kultureller Bildung, was zudem eigenständige wirtschaftliche wie auch beschäftigungspolitische Wirkungen entfaltet. Lagen vor zehn Jahren die öffentlichen Ausgaben (Grundmittel) für Kultur bei 99 Euro je Einwohner, stiegen sie im Jahr 2012 auf rund 118 Euro⁵⁷, wobei sich die öffentlichen Kulturausgaben in Deutschland auf Bund, Länder und Gemeinden verteilen.⁵⁸ 2011 betragen die laufenden Grundmittel der Gemeinden insgesamt 4,0 Milliarden Euro oder 52 Euro je Einwohner, wobei in Großstädten mit 500.000 und mehr Einwohnern immerhin 144 Euro je Einwohner für Kultur aufgewendet werden, während in Kleinstädten mit 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern lediglich knapp 20 Euro pro Kopf aufgebracht werden.

Für ein vollständiges Bild müsste hier noch der Stand der Ausgaben des Bildungshaushaltes sowie des Sozialhaushaltes, in denen ebenfalls Ausgaben für Kulturelle Bildung enthalten sind, ergänzt werden. Aber auch hier taucht Kulturelle Bildung nicht explizit auf.

Die Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ thematisiert vor dieser Ausgangslage aus der subjektiven Perspektive von Verantwortlichen in Kommunen – einem der wichtigsten Akteure im Feld der Kulturellen Bildung – die finanzielle Ausstattung von Kommunen für Zwecke nicht der Kultur allgemein, sondern spezifisch der Kulturellen Bildung. An der Studie haben sich 104 der aktuell 200 Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages beteiligt; sprich eine Ausschöpfung von gut 50 Prozent der Grundgesamtheit konnte realisiert werden.

Die Kommunen – einer der wichtigsten Akteure der Kulturellen Bildung

Aus Sicht eines Statistikers hätte der Grad der Teilnahme an der Erhebung sicher noch größer ausfallen dürfen, auch die Verallgemeinerung auf Basis der teilgenommenen Städte auf alle sämtliche Städte birgt manche Schwierigkeit: Vergleicht man die Ausschöpfungsquote der von der Prognos AG durchgeführten Studie auf freiwilliger Basis jedoch mit anderen schriftlichen Erhebungen, zählt die vorliegende Erhebung hinsichtlich des potenziellen Bias aufgrund selektiver Teilnahmebereitschaft sicherlich eher zu den qualitativ höherwertigen Studien.⁵⁹ So liegt in den beobachteten Klassen von Städten oberhalb von 100.000 Einwohnern tendenziell eine Vollerhebung vor mit Rücklaufquoten von deutlich über 60 Prozent, während die kleineren Städte hingegen zum Teil erheblich geringer repräsentiert sind.

Diese Stichprobe von Städten, die zusammen immerhin rund 22 Millionen Einwohner mit Kultureller Bildung versorgen, erlaubt deshalb – bei aller Vorsicht in der Interpretation der Befunde – durchaus verallgemeinerbare Aussagen über die organisatorische Gestaltung und den finanziellen Rahmen Kultureller Bildung sämtlicher Städte Deutschlands.

Vielfach mangelt es in kommunalen Haushalten an der Auffindbarkeit Kultureller Bildung

Versucht man das finanzielle Engagement der Kommunen für Kulturelle Bildung empirisch zu ermitteln, stößt man rasch auf das Problem einheitlicher Abgrenzungen: Eigene Vorstudien zu dieser Erhebung haben gezeigt, dass ein interkommunaler Vergleich von Haushaltszahlen für die Kulturelle Bildung derzeit nahezu unmöglich ist, weil sich die Finanzausstattung dieser zumeist als Querschnittsaufgabe organisierter Aufgabe nur im allerseltensten Fall in einer Haushaltsposition bündelt. Vielmehr sind Finanzmittel der Kulturellen Bildung häufig auf Haushaltsansätze mehrerer Ämter verteilt und dort nicht einzeln aufgeschlüsselt.

Ursache dieser Lage ist aber keinesfalls ein nachlässiges Handeln der Haushaltsführung in Kommunen. Denn anders als beispielsweise die im Sozialgesetzbuch festgeschriebenen Leistungen der Jugendhilfe hat Kulturelle Bildung in Deutschland vielfach keinen originären rechtlich klar definierten Rahmen, der dann auch die statistisch genaue Abgrenzung sowohl der Zahl an Empfängern als auch der Höhe der laufenden Ausgaben erlauben würde. Vielmehr ist Kulturelle Bildung im Spektrum sogenannter freiwilliger Leistungen auf öffentlicher wie kommunaler Ebene eine vielfach querliegende Ausgabenposition. Weiterhin waren die Kommunen in den letzten Jahren geprägt durch Ausgliederungen einzelner Kultureinrichtungen wie auch Änderungen des Kulturangebots. Und die Ausgaben für Kulturelle Bildung können in den letzten Jahren rein methodisch bedingte Veränderungen aufweisen. Ursache hierfür ist der noch andauernde Prozess der Umstellung von der Kameralistik auf das doppelte Haushaltswesen⁶⁰ (vereinfacht gesagt: die Umstellung auf eine kaufmännische Buchführung), wodurch die Vergleichbarkeit der jeweiligen Position in den neuen Regelwerken⁶¹ zur Vergangenheit stark eingeschränkt ist.

Der direkte Vergleich der Aufwendungen und Leistungen anhand harter Zahlen – wie viel gibt die Stadt A im Vergleich zur Stadt B für Kulturelle Bildung aus – ist derzeit schier unmöglich. Dies ist vielleicht eines der allgemeinsten und zugleich bedeutsamsten Ergebnisse der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“: Kulturelle Bildung muss in den Haushaltsstrukturen der Kommunen auffindbarer und vergleichbar werden.

Kultureller Bildung fehlt der rechtlich klar definierte Rahmen

Kulturelle Bildung muss in den Haushaltsstrukturen der Kommunen auffindbarer und vergleichbar werden.

Erstmals tiefergehender interkommunaler Vergleich zur finanziellen Lage der Kommunen bei der Kulturellen Bildung

Empirische Erhebungen zur Finanzierung Kultureller Bildung sind Mangelware

Die empirischen Befunde der vorliegenden Erhebung anhand qualitativer Bewertungen der Städte zu ihren Haushaltsdaten unterliegen deshalb strukturellen Einschränkungen. Dennoch – und dies ist eine Novität, die dank der Kooperation des Rates für Kulturelle Bildung mit dem Deutschen Städtetag erst möglich wurde – liegen hiermit Daten zur Ausgabenentwicklung vor, die unterhalb der öffentlichen Darstellungsebene liegen. Erstmals gibt es einen tiefergehenden interkommunalen Vergleich zur Einschätzung der finanziellen Lage seitens der Kommunen in Fragen der Kulturellen Bildung.

Eine wesentliche Motivation aller an dieser Studie beteiligten Institutionen und Personen bestand darin, in neue Ebenen der finanziellen, aber auch organisatorischen Analyse vorzustoßen. Im Grunde hatte bereits die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Kultur in Deutschland“ im Jahr 2007 diese bisher mangelhafte Datenlage kritisiert: „Weder die kulturellen Bildungsaktivitäten noch die staatlichen Ausgaben für Kulturelle Bildung“⁶² könnten vollständig dargestellt werden, lautete schon vor fast zehn Jahren das Fazit. Auch Bernd Wagner kam 2010 im Rahmen einer empirischen Erhebung in 80 Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern zu deren Kulturetats zu dem ernüchternden Ergebnis, dass sowohl die Kulturfinanzstatistik als auch die Kulturstatistik in keinem guten Zustand seien. Dies betreffe auch die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Kulturfinanzstatistik, die immer noch häufig unstimmmige, zumindest sehr interpretationsbedürftige Daten enthielte.⁶³

Noch 2013 kam die Studie „mapping//kulturelle-bildung“ zu dem Schluss, dass selbst grundlegende Feststellungen und Aussagen – zum Beispiel wie viele Vermittler im Kulturellen Bildungsfeld arbeiteten, wie viel Geld in Kulturelle Bildung investiert werde, wie viele Schulen außerhalb der Unterrichtszeiten kulturelle Bildungsangebote bereitstellten oder wie viel in frühkindliche Kulturelle Bildung investiert werde – nicht ansatzweise getroffen werden können.⁶⁴ „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ liefert deshalb mehr als nur eine aktuelle Momentaufnahme zu den materiellen Rahmenbedingungen Kultureller Bildung. Die Studie dient einem besseren Verständnis der Mechanismen, die vor Ort zum Gelingen von Kultureller Bildung beitragen.

Zusammenhänge der „Konjunktur Kultureller Bildung“ mit der allgemeinen Entwicklung kommunaler Ausgaben

Welche Relevanz wird Kultureller Bildung in Städten beigemessen und welche Einschätzung prägen die künftigen Entwicklungen? In drei Vierteln der antwortenden Städte genießt Kulturelle Bildung eine eher hohe bis sehr hohe Bedeutung. Betrachtet man diese Gruppe näher, fällt auf, dass sie sich in einem moderaten Zusammenhang von den übrigen Städten unterscheidet: Die Wahrscheinlichkeit bei diesen Städten liegt höher, dass sie auch ihr Budget für Kulturelle Bildung mindestens als auskömmlich, wenn nicht gar als gut einstufen.

Auch der Blick in die Zukunft ist dort positiver, wo Kultureller Bildung bereits jetzt ein höherer Stellenwert beigemessen wird

Zudem schätzen sie die Entwicklung ihrer Mittel während der letzten Jahre deutlich positiver ein als Kommunen, die Kultureller Bildung geringere Bedeutung beimessen. Auch der Blick in die Zukunft ist dort positiver, wo Kultureller Bildung bereits jetzt ein höherer Stellenwert beigemessen wird. Strukturelle Unterschiede hinsichtlich der Standortfaktoren wie die jeweilige Arbeitslosenquote, der Jugendanteil und die Verschuldung spielten hier keine statistisch nachweisbare Rolle. Daraus sollte man freilich nicht vorschnell schlussfolgern, dass eine politische Schwerpunktsetzung wesentliche oder gar alleinige Ursache der vorbeschriebenen Effekte ist.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen öffentlichen Kulturausgaben sowohl bei Bund, Ländern als auch Gemeinden überrascht nicht, dass auch die subjektive Einschätzung dies in etwa widerspiegelt. Der trotz angespannter Finanzlage der Kommunen⁶⁵ nicht düstere, aber ambivalente Blick der Kommunen auf die derzeitige und künftige Lage steht jedoch in keinem Vergleich zur Situation vor zehn Jahren: Mitte der 2000er Jahre „wurde befürchtet, dass in einigen Bereichen, etwa der Kulturellen Bildung, in den nächsten Jahren 15 bis 20 Prozent der Mittel gekürzt werden und (sich) die Breitenwirkung der Kulturellen Bildung empfindlich reduziert“.⁶⁶ Die ‚Kassandra-Rufe‘ erklangen damals vor dem Hintergrund bundesweit sinkender Kulturausgaben: Zwischen 2002 und 2004 fielen die Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden um zwei Prozent von 8,3 auf rund 8,0 Milliarden Euro.⁶⁷ Indes stagnierte auch die Volkswirtschaft insgesamt in dieser Zeit⁶⁸, ebenso das Steueraufkommen der Städte und Gemeinden.⁶⁹ Zugleich kletterten die Arbeitslosenzahlen auf immer neue Rekordmarken. Jedoch wuchs in dieser Periode auch die grundsätzliche Einsicht, dass Kulturausgaben durchaus auch investive Elemente innewohnen, um den wirtschaftlichen Strukturwandel in eine innovative Dienstleistungsgesellschaft zu fördern.⁷⁰

2007 indes markierten die Kulturausgaben der öffentlichen Hände mit 8,5 Milliarden⁷¹ Euro dann einen neuen Höchstwert: Die Volkswirtschaft hatte wieder Fahrt aufgenommen⁷² und das Jahr 2007 ist mit dem Abschlussbericht der Enquete-Kommission des Bundestages „Kultur in Deutschland“, der Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur kulturellen Kinder- und Jugendbildung⁷³ und der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages seither auch aus kultureller Sicht ein Jahr des Aufbruchs.

Die Entwicklung der Kulturetats insgesamt und auch der Budgets für Kulturelle Bildung verliefen seitdem weit überwiegend nicht negativ

2008, mit der jäh einsetzenden Finanzkrise, wandelte sich dieses Bild zwar schlagartig, verkehrte sich aber nicht ins dauerhaft Negative. Vielmehr konnten in Deutschland die Auswirkungen der Finanzkrise nicht nur auf die öffentlichen Kulturausgaben, sondern auch auf Beschäftigung und Arbeitslosigkeit durch vielfältige Maßnahmen zur konjunkturellen Stabilisierung abgemildert werden.⁷⁴ Und vor allem: Die Entwicklung der Kulturetats insgesamt und auch der Budgets für Kulturelle Bildung verliefen – wie die hiesige Studie zeigt – seitdem weit überwiegend nicht negativ und nicht entkoppelt von der anschließend insgesamt positiven volkswirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Jahre bis in die Gegenwart.⁷⁵

Kultur- und bildungspolitisches Agenda-Setting: Das Jahr 2007

Das Jahr 2007 als ein Abschnitt des kultur- und bildungspolitischen Aufbruchs fällt also in diese Zeit nach der volkswirtschaftlichen Erholung seit 2004 und vor der Finanzkrise 2008. Mit der Aachener Erklärung haben sich die Mitglieds-

städte des Deutschen Städtetages unter dem Schlagwort „Bildung ist mehr als Schule“ verpflichtet, Kulturelle Bildung „in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung zu integrieren“.⁷⁶

Diese politische Selbstverpflichtung der 200 – zu den größten deutschen Kommunen zählenden – Städte ist deshalb von großer Bedeutung, weil die Städte den Löwenanteil an der bundesweiten Kultur-Finanzierung aufbringen. 2011 lag ihr Anteil mit 4,2 Milliarden Euro bei 44,8 Prozent der Gesamtfinanzierung, gefolgt von den Ländern⁷⁷ mit 3,9 Milliarden Euro (41,9 Prozent) und dem Bund mit weiteren 1,2 Milliarden Euro (13,3 Prozent).⁷⁸ Diese Abstufung bestimmt seit langem bis in die Gegenwart das Lagebild.⁷⁹

Im Sinne der Aachener Erklärung soll Kulturelle Bildung – deren Finanzierung wie oben erwähnt, zumindest teilweise in den vorgenannten Zahlen enthalten, aber dort derzeit nicht einzeln ausgewiesen ist – einerseits als wichtiger Teil einer ganzheitlichen Bildung einbezogen werden. Zum anderen sollen die für Bildung zuständigen Akteure auf kommunaler Ebene in verbindlichen Strukturen zusammenarbeiten: die Kinder- und Jugendhilfe, Schule, Kultur und auch Beteiligte der Wirtschaft. Den Städten kommt in dieser Kommunalen Bildungslandschaft die zentrale Rolle als Organisator und Moderator zu. Das schließt neben der Qualitätssicherung⁸⁰ auch eine stärkere Koordinierung unterschiedlicher Finanzierungspartner ein. Vor diesem Hintergrund markiert die Aachener Erklärung eine politische Absichtserklärung zur nachhaltigen Verankerung Kultureller Bildung in lokalen Bildungslandschaften.

Finanzierungsstrukturen

Herauszuheben sind auch die Ergebnisse der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ zu der Frage, welchen Kofinanzierern die Kommunen hohe Bedeutung beimessen und welche Merkmale diese dabei nach ihren Antworten unterscheiden. Auch hier spielt „Rückenwind“ für Kulturelle Bildung aus Politik und Verwaltung ganz offensichtlich eine fördernde Rolle: Städte, die Kultureller Bildung mehr Bedeutung beimessen (und die ihr Budget tendenziell positiver einschätzen, siehe oben), zeichnen sich auch durch ein positiveres und vielfältigeres Beziehungsgeflecht zu externen Finanzierungspartnern aus.

Interessant – und ein lohnendes Feld künftiger vertiefender Untersuchungen – könnte dabei das Stichwort ‚Förderlandschaften‘ sein: So neigt eine Gruppe von Städten dazu, tendenziell zur Beantragung von Fördermitteln öffentliche Quellen (Land, öffentliche Stiftungen, öffentliche Unternehmen) zu nutzen, und es gibt andere Gruppen, die stärker auf Zuschüsse aus privaten Quellen (Privatwirtschaft, private Stiftungen) setzen. Die Frage liegt nahe, ob hier eher ein Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Struktur der Städte vorliegt oder privater Opportunitätsstrukturen.

Allen voran – das verwundert mit Blick auf die Zuständigkeiten in Kultur- und Bildungsfragen kaum – dominiert das Land als Partner zur finanziellen Realisierung von Projekten und Maßnahmen der Kulturellen Bildung. Vor dem Hintergrund der in der Fläche vergleichsweise geringen Mittelbereitstellung (siehe unten) überraschen auch die Aussagen der teilnehmenden Städte zur Rolle des Bundes nicht.

„Rückenwind“ aus Verwaltung und Politik spielt für Kulturelle Bildung ganz offensichtlich eine fördernde Rolle

Finanzielle Rolle des Bundes

Großprogramme erwecken den Eindruck, der Bund leiste die wesentlichen Finanzierungsanteile

Für die Kultur und die Kulturelle Bildung leisten, wenn man von der formalen Bildung in den Schulen absieht, die Kommunen wie erwähnt den Löwenanteil der Finanzierung aus öffentlichen Mitteln. Dieses Tagesgeschäft findet allerdings in der öffentlichen Wahrnehmung viel zu wenig Beachtung. Vielmehr entsteht mit Großprogrammen wie „Kultur macht stark“ oder Verpflichtungen im Rahmen des Sozialgesetzes wie dem „Bildungs- und Teilhabepaket“ der Eindruck, der Bund leiste die wesentlichen Finanzierungsanteile. Dass dem nicht so ist, belegt die Städtebefragung deutlich. Nur 6 Prozent der befragten Städte schrieben dem Bund eine hohe Relevanz als Finanzierungspartner zu.⁸¹

Es dominiert jedoch die Aussage, dass die bürokratischen Hürden erheblich seien

Vielmehr offenbart die Studie, dass das Kooperationsverbot und Verflechtungen an Zuständigkeiten bisweilen Steuerungsprobleme und ineffektive Parallelförderungen zu begünstigen scheinen. Freitextantworten der Studie zeigen dies in unterschiedlicher Form: Zwar bleibt die Chance auf erweiterte finanzielle Spielräume durch mittelbare Bundeszuschüsse hier nicht unerwähnt. Es dominiert jedoch die Aussage, dass die bürokratischen Hürden erheblich seien. Diese Wahrnehmung deckt sich im Übrigen auch mit vorangegangenen Befunden etwa zum Bildungs- und Teilhabepaket (BuT): Berechnungen des Rates für Kulturelle Bildung Anfang 2016 auf Basis des ersten Berichts des Bundestages zum BuT hatten unter anderem ergeben, dass zehn Euro Zuschuss (durch den Bund) beispielsweise für die Teilnahmegebühr in der Musikschule sechs Euro Bürokratiekosten erzeugen.⁸² Überdies stellte der Bericht des Bundestages fest, dass die Einführung der BuT-Leistungen für soziokulturelle Teilhabe nicht selten auch zur Substitution, Verschiebung oder Anpassung freiwilliger Leistungen geführt hat, etwa, dass in einigen Kommunen bestehende Zuschüsse für Musikschulen oder Sozialpässe nach Einführung des BuT gekürzt und diese Beträge seither über das BuT abgerechnet werden. Solche Einschränkungen des kommunalen Leistungsangebots treffen vor allem Kinder einkommensschwacher Eltern, deren Einkünfte nur knapp über den Schwellen der Anspruchsberechtigung von Sozialleistungen liegen.⁸³

In politischer und ökonomischer Perspektive sind die Finanzplanung und damit verbunden die Kontrolle des Mitteleinsatzes die zentralen Grundlagen für eine systematische, koordinierte und zielgerichtete Steuerung von Leistungserbringung sowie Bereitstellung kultureller Bildungsinfrastrukturangebote schlechthin. Handelt es sich um öffentliche Mittel aus dem allgemeinen Steueraufkommen, entfaltet diese Anforderung vor allem vor dem Hintergrund der verfassungsmäßig auch für die Länder spätestens ab 2020 wirksamen Schuldenbremse ein ganz besonderes Gewicht.

Finanzielle Rolle der Privathaushalte

„Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ bestätigt zudem jüngste Ergebnisse zur starken Rolle der Privathaushalte an der Finanzierung Kultureller Bildung.⁸⁴ Beiträge, Elternbeiträge und Eintrittsgelder folgen zusammen mit weiteren Finanzquellen unmittelbar auf das Land – so die Antwort der beteiligten Kommunen in dieser Studie auf die Frage, welche Relevanz die jeweiligen Beiträge aus verschiedenen Quellen für die Gesamtfinanzierung von Projekten und Maßnahmen Kultureller Bildung vor Ort spielen. 5,7 Milliarden Euro gaben private Haushalte im Jahr 2011 für Kulturveranstaltungen aus⁸⁵ und finanzierten auf diese Weise auch Angebote Kultureller Bildung aus privaten Quellen.

Einfluss der Bildungsaspiration und des Bildungsstatus der Eltern – ein in Deutschland sehr stabiler kultursoziologischer Befund

Dabei ist – wenn auch maßgeblich durch den strukturellen Einfluss der Bildung und des Einkommens der Menschen bedingt – die Kulturnachfrage in Regionen mit höherer Einwohnerdichte und vor allem in Großstädten höher.⁸⁶ Ebenso nachweisbar ist der Einfluss der Steuereinnahmen und Kulturausgaben einer Region auf die Kulturnachfrage.⁸⁷ Zwar ist die Orientierung von kulturinteressierten Erwachsenen an Angeboten der Hochkultur oder auch populären Genres kein sicherer Nachweis für den Wunsch, dass – sofern sie Eltern sind – bei ihnen auch ein ausgeprägter Wunsch besteht, auch ihren Kindern intensiv und umfassend kulturelle Bildung zu ermöglichen. Im statistischen Durchschnitt aber ist der Einfluss der Bildungsaspiration und des Bildungsstatus der Eltern auf das Kulturinteresse der Kinder mehrfach und gründlich dokumentiert⁸⁸ – ein auch und gerade in Deutschland sehr stabiler kultursoziologischer Befund.

Private Haushalte haben ihre Ausgaben für Kulturangebote in den vergangenen Jahren erkennbar gesteigert und auch ihr allgemeines Interesse für Kultur hat zugenommen. Deshalb ist eine flächendeckende Abnahme eines Interesses an kultureller Bildung bei Kindern unwahrscheinlich. Allerdings sind die Unterschiede groß, wenn man den Bildungshintergrund der Eltern einbezieht und auch die unterschiedlichen Entwicklungen in den Schulformen betrachtet.⁸⁹ Langzeitdaten zu solchen Entwicklungen sind indessen nach wie vor Mangelware.⁹⁰

Steuerung und Koordination: Durchwachsene Bilanz knapp zehn Jahre nach der Aachener Erklärung

Trotz aller positiven Aspekte muss knapp zehn Jahre nach der Aachener Erklärung anhand der Daten von „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ konstatiert werden, dass einige der dort explizit genannten Ziele bislang nicht erreicht oder umgesetzt werden konnten: Wenn kulturelle Bildung in 59 Prozent der antwortenden Städte nicht Teil der Bildungsberichterstattung ist, bleibt fraglich, ob die Integration von kultureller Bildung vor Ort „in ein Gesamtkonzept umfassender Bildung“⁹¹ bereits gelebt wird, wie es die Aachener Erklärung gefordert hat. Wenn zudem 18 Prozent der teilnehmenden Städte kultureller Bildung eine geringe bis sehr geringe Bedeutung beimessen, bleibt überdies offen, ob kulturelle Bildung dort bereits „als wichtiger Teil ganzheitlicher Bildung einbezogen“⁹² ist.

Insbesondere in kleineren Städten können schriftliche Vereinbarungen als Erfolgskontrolle auch vollkommen ausreichen

Weiterhin verpflichteten sich die Kommunen in der Aachener Erklärung, „eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit“ vor Ort zu übernehmen. 55 Prozent der Städte antworteten, es gebe keine Kennziffern oder Indikatoren in ihren Haushaltsplänen über die Angebote kultureller Bildung. Nur vier Prozent antworteten, es existierten Zielvereinbarungen mit Akteuren der kulturellen Bildung hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten. In lediglich 14 Prozent der Städte gibt es durchgängig schriftliche Vereinbarungen der Stadt mit den Akteuren kultureller Bildung.

Nicht jede Stadt muss für einen effizienten Einsatz von öffentlichen Mitteln zur Finanzierung von Projekten und Maßnahmen kultureller Bildung sämtliche

der hier abgefragten Instrumente der Koordinierung sowie Steuerungsmittel einsetzen. Insbesondere in kleineren Städten können schriftliche Vereinbarungen, standardisierte Dokumentationsvorlagen und das systematische Führen von Verwendungsnachweisen als Erfolgskontrolle auch vollkommen ausreichen und den Verwaltungsaufwand geringhalten.

Fallen jedoch die Antworten mehrheitlich negativ aus, ob geförderte Projekte evaluiert werden, ob die eigene Förderpraxis an Kennzahlen gemessen wird⁹³ oder ob die Aktivitäten im Bereich der Kulturellen Bildung Bestandteil der städtischen Bildungsberichterstattung sind, so stellt sich die Frage, ob die Kommunen in Bezug auf ihre Selbstverpflichtung nach zehn Jahren wirklich bereits dort stehen, wo sie hinwollten. Dies gilt in besonderem Maße dann, wenn zeitgleich von einigen Städten die Forderung nach mehr Geld erhoben wird.

Diese Hinweise sollen die vielen positiven Eindrücke und Ergebnisse im Rahmen der Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ bei der nachhaltigen Verankerung Kultureller Bildung in den Städten keineswegs schmälern. Sie sind vor dem Hintergrund der verschiedenen Entwicklungsstände der Städte zu betrachten.

Insgesamt gilt jedoch: Es ist noch deutlich Luft nach oben, um vorhandene Strukturen zu verbessern. Insbesondere die Freitextantworten zur Verwendung zusätzlicher Finanzmittel gruppieren sich auf interessante Weise mehrheitlich um das Stichwort „Verbesserung der Strukturen von Organisation und Koordination“; sie ergänzen damit in authentischer Weise den Befund, dass die Städte in diesem Punkt selbst den Mangel der Umsetzung dieser Aspekte der Aachener Erklärung erkennen.

Fazit und Ausblick

**Datenlage aus vielerlei Gründen derzeit
mehr als unzureichend**

Wir vermögen anhand der Studienergebnisse von „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ nicht zu sagen, ob die politischen Beschlüsse zur Etablierung der Kulturellen Bildung und ihrer Vernetzung im Sinne Kommunaler Bildungslandschaften (Aachener Erklärung 2007) in den hier befragten Kommunen einen wesentlichen Einfluss auf die heute anzutreffende Situation ausgeübt haben. Nicht auszuschließen ist jedoch, dass die Aachener Erklärung so etwas wie eine Initialzündung war oder zumindest ein Bewusstsein für die Bedeutung Kultureller Bildung in der Stadtgesellschaft gefördert, neu geschaffen hat oder wirksam zu verankern vermochte. Was zugleich deutlich wurde ist, dass die Datenlage aus vielerlei Gründen derzeit äußerst unzureichend ist. Dies erschwert gegenwärtig eine evidenzbasierte Evaluierung von Kosten wie Nutzen der Bereitstellung der öffentlichen Ausgaben für Kulturelle Bildung.

Eine ganze Zahl von Fragen bleibt somit nach wie vor offen oder Antworten basieren auf Vermutungen. Beispielhaft sei hier genannt: Wie viel Bewusstsein für die Bedeutung Kultureller Bildung hatte die Zivilgesellschaft in der jeweiligen Stadtgesellschaft bereits geschaffen, bevor der Stadtrat oder die Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss fasste, Kulturelle Bildung auf die politische Agenda zu setzen? Warum und unter welchen Bedingungen beginnen Städte, nicht-städtische Angebote gezielter zu fördern? Welchen Einfluss hat dabei die örtliche Kulturpolitik, welchen die gesamtwirtschaftliche Lage?

**Konjunkturelle Bewegungen als
Risiko für verlässliche Angebote
Kultureller Bildung**

Politische Schwerpunktsetzung in ihrer Wirkung zu bewerten oder zu hinterfragen bedarf also einerseits einer umfassenderen und für Zwecke der Kulturellen Bildung besser abgrenzbaren statistischen Datengrundlage und andererseits der Betrachtung weiterer, begünstigender oder hemmender Faktoren. Auch unerwartete globale ökonomische wie politische Ereignisse – etwa der Konjunkturabschwung infolge des Zusammenbruchs des Neuen Marktes im Jahr 2000, die Folgen des 11. Septembers im Jahr 2001, die Finanz- und Bankenkrise 2008 oder die Folgen der jüngsten Flüchtlingszuwanderung – beeinflussen sowohl die faktische Höhe und Verwendung kommunaler Haushalte als auch die subjektive Wahrnehmung der finanziellen Möglichkeiten, die für den politischen Prozess von nicht minderer Bedeutung ist. In diesem Licht sind auch kulturpolitische Leitsprüche wie das Narrativ „Kulturelle Bildung hat Konjunktur“ differenziert zu betrachten: So sind Konjunkturen stets durch Wellenbewegungen von Auf- und Abschwüngen geprägt, was gerade beim Aufbau eines nachhaltigen verlässlichen kommunalen Angebots in der Kulturellen Bildung zu Risiken führen kann.

Es erscheint wünschenswert, dass Untersuchungen wie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung“ repliziert, vertieft und fortgeschrieben werden. Die kulturpolitische Forschung im Feld der Kulturellen Bildung tut gut daran, sich dabei auch stärker der Methoden der empirischen Sozialforschung sowie kultursoziologischer Ansätze zu bedienen. Wechselwirkungen zwischen Angebot und Nachfrage sind nicht weniger oder mehr als anderswo auch im Feld der Kulturellen Bildung von wachsender Bedeutung. Diese Handhabe ist kein methodischer Selbstzweck – sie liefert vielmehr das Rüstzeug, um einerseits Forderungen an die Politik zielgerichtet adressieren zu können und andererseits auch die Bedarfe Kultureller Bildung an private Finanziers quantifizieren zu können.



EMPFEHLUNGEN

9 Empfehlungen

anhand der Befunde von „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ zur weiteren Etablierung und dauerhaften Verankerung Kultureller Bildung auf kommunaler Ebene

Politische Schwerpunktsetzung für Kulturelle Bildung zahlt sich aus: Kommunen sind aufgefordert, nicht in ihren Bemühungen nachzulassen

Der Finanzdruck in den Kommunen ist sicherlich erheblich. Die Studie „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ zeigt aber so deutliche Zusammenhänge zwischen politischer Schwerpunktsetzung für Kulturelle Bildung, auskömmlicheren Budgets, einer vielfältigeren Landschaft der Kofinanzierung sowie besserer Koordination in Politik, Verwaltung und der Zusammenarbeit mit den Akteuren Kultureller Bildung – und zwar unabhängig vom Schuldenstand der jeweiligen Kommune –, dass alle Städte aufgefordert sind, nicht in ihren Bemühungen nachzulassen. Kulturelle Bildung muss im Sinne der Aacheener Erklärung bundesweit in jeweilige „Gesamtkonzepte umfassender Bildung integriert“ werden und damit Teil der „kommunalen Bildungslandschaft“⁹⁴ sein.

Finanzdaten für Kulturelle Bildung in Kommunen transparenter machen

Kulturelle Bildung muss in den Haushalten der Kommunen auffindbarer werden. Eine Haushaltsposition mit Zielen und Kennzahlen (zum Beispiel als eigenständige Leistung oder gar als Produkt im Teilhaushalt Kultur) liefert den ersten Schritt, um in der öffentlichen wie in der verwaltungsinternen Debatte zu unterstreichen, was geleistet wurde, was noch zu leisten ist und wofür Geld umgeschichtet oder im Fall des Falles auch zusätzlich aufgebracht werden muss.

Interkommunalen Vergleich bei der Kulturellen Bildung schaffen

Der interkommunale Vergleich von Leistungen im Bereich der Kulturellen Bildung sollte (durch bessere Vergleichbarkeit der Haushaltszahlen) so selbstverständlich werden, wie es – trotz der Herausforderungen bei der Umstellung auf das doppische Haushaltswesen – für viele andere kommunale Leistungen bereits der Fall ist. Um diese Aufgabe bewältigen zu können, wäre die Bildung eines Vergleichsringes bei der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwal-

tungsmanagement (KGSt) unter besonderen Vorzeichen von großer Bedeutung: Im Fokus des Vergleichsringes sollten die Anforderungen an die spezifischen Bedarfe Kultureller Bildung und der zielgerichtete Mitteleinsatz stehen.

Dieser Weg dient mittel- bis langfristig auch dazu, die ausnahmslos blinden Flecke der Kulturellen Bildung in den Kultur- und Finanzstatistiken des Bundes und der Länder zu füllen.

Viele Städte müssen die Aachener Erklärung noch stärker leben: mehr Kooperation und Moderation der Zusammenarbeit

Nirgendwo klaffte die Lücke zwischen Wunsch und Wirklichkeit so weit auseinander wie bei den Ergebnissen der vorliegenden Studie zur Organisation und Koordination Kultureller Bildung vor Ort sowie bei der Evaluation von Maßnahmen und Projekten. Auch in diesen Punkten muss die Aachener Erklärung stärker gelebt werden.

Die Ergebnisse der Studie legen dabei den Schluss nahe, dass ein verstärktes Engagement beim Einwerben von Finanzmitteln, etwa aus der freien Wirtschaft, den kommunalen Unternehmen, öffentlichen und privaten Stiftungen und vor allem beim Land, zu einem auskömmlicheren Budget verhilft und zudem im Zusammenhang mit einer intensiveren Organisation, Koordination und Evaluation der Zusammenarbeit mit Akteuren der Kulturellen Bildung zu sehen ist. Dies hilft den Anspruch der Aachener Erklärung zu erfüllen, wonach „den Städten in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zukommt“.⁹⁵

Kommunale Bildungslandschaften: Abbau bürokratischer Hürden zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Die Aachener Erklärung ist nicht nur unbedingt fortzuschreiben – vielmehr sollten Bund und Länder das darin beschriebene Konzept der Kommunalen Bildungslandschaften zu ihrem wesentlichen Orientierungspunkt machen, wenn es um die Konzeption und Veränderung ihrer Förderpolitik im Bereich der Kulturellen Bildung, aber auch von Kultur und Bildung insgesamt geht. Insbesondere der Bund muss durch Abbau bürokratischer Hürden Kooperationspartner der Kommunen zur Qualitätssteigerung und Qualitätssicherung der Angebote extracurricularer Kultureller Bildung in der Schule, insbesondere in der Ganztagschule, werden können. Blicke der Bund maßgeblich hierauf beschränkt, wäre die Zuständigkeit des Landes in Bildungsfragen unangetastet.

Kulturelle Bildung konjunkturunabhängiger Baustein jeder Stadtgesellschaft

Kulturelle Bildung ist ein bedeutsamer Baustein des Miteinanders jeder Stadtgesellschaft. Zudem ist Kulturelle Bildung zentraler Baustein der außerunterrichtlichen Angebote jeder Ganztagsschule. Mit Blick auf diesen Bedeutungszuwachs der Kulturellen Bildung während der vergangenen Jahre kann diese nicht weiter als freiwillige Leistung begriffen und von konjunkturbedingten Schwankungen auf der Einnahmenseite der Kommunen abhängig bleiben. Der Bund muss die Kommunen bei ihren gewachsenen Aufgaben systematisch unterstützen können. Dazu müssen Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat eine gesetzliche Grundlage in der kommenden Wahlperiode des Bundestags schaffen, die eine finanzielle Stärkung der Kommunen durch Bundesmittel ermöglicht. Nur so kann Kulturelle Bildung in ausreichender Quantität und Qualität vor Ort stattfinden und mehr Teilhabegerechtigkeit für alle Kinder und Jugendliche – unabhängig von ihrer Herkunft – sicherstellen.

Kommunale Bildungslandschaften: Ganztag stärken, Qualitätssicherung verstärken, Freie Träger nicht überfordern

Der Ausbau der Ganztagsschule schafft neue Orte sowie Gelegenheitsstrukturen für Kulturelle Bildung. „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ zeigt in vielfacher Hinsicht, welche immense Bedeutung die Freien Träger der Jugendhilfe in den Kommunen für die alltägliche Gestaltung der Angebote Kultureller Bildung haben. Auf dem Weg in eine Gesellschaft der Ganztagsschule müssen die Freien Träger sich aber in vielfacher Hinsicht neu definieren und sehen sich einem vom Staat angestoßenen Wettbewerbsdruck ausgesetzt. An den neuen Orten Kultureller Bildung im Ganztag müssen sie einen ihnen gebührenden Platz finden können.

Ganztagsschulen: Systematische Qualitätssicherung für außerunterrichtliche Angebote entwickeln und etablieren

Mit dem politisch und gesellschaftlich gewollten, umfassenden Ausbau der Ganztagsschulen hat sich die Rolle der Kommunen fundamental verändert. Sie sind nicht mehr nur als Sachaufwandsträger für den äußeren Rahmen des schulischen Geschehens zuständig, sondern wirken nun auch verantwortlich am inhaltlichen Angebot von Schulen mit. Der Weg zur Ganztagsschule bildet damit nicht nur auf der schulischen, sondern auch auf der bildungspolitischen Ebene die wohl durchgreifendste Veränderung des deutschen Bildungswesens

der vergangenen Jahrzehnte. Um den vielerorts noch vorhandenen qualitativen Schwächen bei den Angeboten Kultureller Bildung in den verschiedenen Formen der Ganztagschule entgegenzuwirken und gute Ansätze zu stärken und weiterzuentwickeln, muss ein Qualitätssicherungssystem entwickelt und schnellstmöglich etabliert werden. Dazu ist auch eine kurzfristige Flexibilisierung des sogenannten Kooperationsverbotes – abseits der fortbestehenden Forderung seiner Abschaffung – zu erwägen, damit Bundesmittel gezielt für den Aufbau dieser Qualitätssicherung eingesetzt werden können.

Forschung zur Finanzierung Kultureller Bildung ausweiten

Nicht nur die Datenlage zur Finanzierung Kultureller Bildung ist beklagenswert, sondern auch der Forschungsstand. „Städte/Geld/Kulturelle Bildung. Horizont 2016“ hat zwar bei weitem nicht alle Fragen stellen und aus statistischer Sicht nicht jene Tiefe erreichen können, die nötig gewesen wäre. Auch bleibt der Blick aufgrund der Mitgliederstruktur des Deutschen Städtetages auf den urbanen Raum beschränkt: Ein Vergleich zwischen Wirkungszusammenhängen in städtischen und ländlichen Regionen sowie ihrer Beziehungen zueinander bei der Erbringung der Angebote Kultureller Bildung steht aus. Indes, ein Anfang ist gemacht. Die bislang nahezu leere Bildfläche der Wirkungszusammenhänge zwischen politischer Schwerpunktsetzung, Finanzierungen Kultureller Bildung und der Organisation und Koordination eben dort, wo die meisten Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen von den Angeboten erreicht werden können – in den Kommunen –, zeigt nun immerhin deutliche Konturen. Damit steht Material für einen intensiven Diskurs bereit: Man muss nun genauer fragen und auch begründeter entscheiden.

VI

ANHANG

Endnoten

- 1** Vgl. Pressemitteilung des Deutschen Städtetages „Kongress ‚Bildung in der Stadt‘ des Deutschen Städtetages in Aachen“ vom 22.11.2007. Online unter: <http://www.staedtetag.de/fachinformationen/bildung/058050/index.html>. Zuletzt abgerufen am 03.11.2016.
- 2** Der Oberbegriff „Kommune“ wird zum Begriff „Stadt“ synonym verwendet, weil in dieser Studie außer den Städten keine anderen Gebietskörperschaften unterhalb der Staatsebene Gegenstand sind.
- 3** Die Grundform umfasst beim Faktor „Bedeutungszumessung/Bedeutung“ im Text stets die kumulierten Zahlen der Antwortgrade „eher hoch“ und „sehr hoch“ einerseits und „eher niedrig“ und „sehr niedrig“ andererseits. Diese Gegenüberstellung gilt analog für komparative Vergleiche wie „Städte, die Kultureller Bildung höhere Bedeutung als andere Städte beimessen“ oder „Städte, die Kulturelle Bildung weniger wichtig finden als andere“.
- 4** Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 1.
- 5** Datengrundlage: 104 von 200 Mitgliedsstädten des Deutschen Städtetages. Besetzung der Klassen nach Stadtgröße siehe Anhang, Kapitel VI, Schaubild 1, S. 50.
- 6** Alle Prozentwerte im Text sind auf volle Beträge gerundet.
- 7** Vgl. Emert, Karl (2009): Was ist Kulturelle Bildung? Online unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/59910/was-ist-kulturelle-bildung?p=0>. Zuletzt abgerufen am 18.10.2016.: „Zweifelsfrei steht fest: Der Begriff ‚Kulturelle Bildung‘ hat Hochkonjunktur.“ Vgl. zudem Max Fuchs (2015): Kulturelle Bildung in Deutschland: Zwischen Hype und Marginalisierung. Online unter: <http://www.goethe.de/mmo/priv/14826110-STANDARD.pdf>. Zuletzt abgerufen am 18.10.2016. S. 1: „Einerseits ist man berechtigt, zurzeit von einem Hype, also einer Konjunktur kultureller Bildung in Deutschland zu sprechen. Es gibt nämlich große Programme sowohl von Seiten des Staates, aber auch von privaten Stiftungen. Man hat sehr viel Geld in die Hand genommen, um kulturelle Bildung zu fördern. Positiv an vielen dieser Programme ist, dass sie sich auf solche Zielgruppen konzentrieren, die keinen leichten Zugang zu der in Deutschland gut entwickelten kulturellen Infrastruktur haben. Andererseits gibt es aber auch strukturelle Probleme, so dass auch die Rede von einer Marginalisierung ihre Berechtigung hat.“
- 8** Wert des Rangkorrelationskoeffizienten nach Spearman: $Rho = 0.269$, $p < 0.01$.
- 9** $Rho = 0.204$, $p < 0.05$.
- 10** 31, 15 und 5 Prozent der Städte nannten sie als Finanzierungsquelle von hoher Relevanz. S. Schaubild 39, S. 59.
- 11** $Rho = 0.319$, $p < 0.01$.
- 12** $Rho = 0.217$, $p < 0.01$.
- 13** $Rho = 0.227$, $p < 0.05$.
- 14** „Kennzahlen können analytisch verwendet werden, indem durch den Vergleich mehrerer Kennzahlen - zum Beispiel interkommunal - nach Ursachen für Unterschiede und vor allem Verbesserungsmöglichkeiten gefahndet wird. Kennzahlen können ebenso zur Operationalisierung von Zielen Verwendung finden.“ Quelle: <https://www.kgst.de/themenfelder/finanzmanagement/strategie-und-steuerung/ziele-und-kennzahlen-indikatoren.dot>
- 15** Siehe Endnote 3.
- 16** $Rho = 0.305$, $p < 0.01$.
- 17** $Rho = 0.312$, $p < 0.01$.
- 18** Siehe Kapitel IV.
- 19** Zur Problematik siehe Kapitel I sowie Kapitel IV.
- 20** Allgemeingültige Definition seit der Internationalen Statistikkonferenz 1887: ≥ 100.000 Einwohner \Leftrightarrow Großstadt.
- 21** Die Gruppenzuordnung erfolgte auf Grundlage folgender Werte der Schuldenstand-Steuererinnahmen-Relation: unter 100 Prozent = überdurchschnittlich, 100 Prozent bis 200 Prozent = durchschnittlich, über 200 Prozent = unterdurchschnittlich.
- 22** $Rho = 0.210$, $p < 0.05$.
- 23** $Rho = 0.047$, ns.
- 24** Kommunale Bildungslandschaft im Sinne eines vernetzten Systems; Kommunales Gesamtkonzept; Verankerung im Leitbild; Teil der Bildungsberichterstattung.
- 25** Kennzahlen und/oder Indikatoren „über Kosten und Qualität der Verwaltungsleistungen als Information für die Verwaltungssteuerung“. Vgl. <http://www.haushaltsreform.de/IMK-Beschluss-2003-11-21-Anlage-2-GemHVO-Doppik.pdf>, S. 3. Zuletzt abgerufen am 19.10.2016.
- 26** Als Kommunales Gesamtkonzept zur Kulturellen Bildung wird im Rahmen dieser Befragung eine explizite Verankerung Kultureller Bildung sowie die Vernetzung wichtiger Akteure in Form einer schriftlichen Ausarbeitung verstanden. Insgesamt wird Kulturelle Bildung aufgrund dieses Konzepts als Querschnittsaufgabe wahrgenommen, die ein gemeinsames und abgestimmtes Vorgehen von Politik, Verwaltung und Einrichtungen/Akteuren vor Ort erfordert.
- 27** „Den Städten kommt in der kommunalen Bildungslandschaft eine zentrale Rolle bei der Steuerung und Moderation der zielorientierten Zusammenarbeit zu.“ Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 2.
- 28** Vgl. Schaubild 23, S. 55.
- 29** Vgl. Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 1.
- 30** Städte, in denen Kulturelle Bildung nicht Teil eines vernetzten Systems im Sinne einer Kommunalen Bildungslandschaft ist, nutzen überwiegend (78 Prozent) weniger als 3 Instrumente, 22 Prozent nutzen 3-4 Instrumente. Zum Vergleich: Unter den Städten, in denen Kulturelle Bildung Teil eines vernetzten Systems im Sinne einer Kommunalen Bildungslandschaft ist, nutzen zu 28 Prozent 5-7 Instrumente, 38 Prozent 3-4 Instrumente und 34 Prozent weniger als 3 Instrumente.
- 31** $Rho = 0.183$, $p < 0.05$.
- 32** $Rho = 0.328$, $p < 0.01$.
- 33** $Rho = 0.250$, $p < 0.01$.
- 34** $Rho = 0.305$, $p < 0.01$.

- 35** Rho = 0.312, p < 0.01.
- 36** Rho = 0.402, p < 0.01.
- 37** Korrelation Anzahl Evaluierungsinstrumente mit Stadtgröße: Rho = 0.328, p < 0.01.
- 38** Korrelation Finanzierungsanteil mit Bedeutung Kultureller Bildung: offene Jugendarbeit Rho = 0.271, p < 0.01, Ganztagschulen/Horte: Rho = 0.334, p < 0.01, Stadtsozialarbeit: Rho = 0.294, p < 0.01, Vorschulbereich: Rho = 0.232, p < 0.05, Soziokulturelle Zentren: Rho = 0.253, p < 0.05, Kultur-/Bürgerhäuser: Rho = 0.227, p < 0.05.
Von 14 Städten über 500.000 Einwohnern in Deutschland insgesamt.
- 39** Rho = 0.319, p < 0.01.
- 40** Rho = 0.183, p < 0.05.
- 41** Rho = 0.227, p < 0.05 (Stellenwert) und Rho = 0.242, p < 0.05 (Auskömmlichkeit).
- 42** Rho = 0.217, p < 0.05.
- 43** Rho = 0.196, p < 0.05.
- 44** Rho = 0.199, p < 0.05.
- 45** Rho = 0.278, p < 0.01 (Freie Träger), Rho = 0.316, p < 0.01 (Private Unternehmen), Rho = 0.210, p < 0.05 (Privatpersonen, bspw. Eltern, Besucher), Rho = 0.462, p < 0.01 (Mäzene).
- 46** Rho = 0.527, p < 0.01 (EU), Rho = 0.388, p < 0.01 (Land), Rho = 0.196, p < 0.05 (Öffentliche Rundfunkanstalten).
- 47** Vgl. Schaubild 39, S. 26 und S. 59.
- 48** Rho = 0.183, p < 0.05 (Land), Rho = 0.196, p < 0.05 (Freie Träger), Rho = 0.242, p < 0.05 (Private Unternehmen).
- 49** Rho = 0.204, p < 0.05.
- 50** Rho = 0.269, p < 0.01.
- 51** Rho = 0.171, ns.
- 52** Großer Dank gilt Dr. Andreas van Hooven und Frank Jebe, Geschäftsstelle des Rates für Kulturelle Bildung, für wertvolle Recherchen.
- 53** Vgl. Endnote 7. Emert, Karl (2009): Was ist Kulturelle Bildung? Online unter: <http://www.bpb.de/gesellschaft/kultur/kulturelle-bildung/59910/was-ist-kulturelle-bildung?p=0>. Zuletzt abgerufen am 18.10.2016.: „Zweifelsfrei steht fest: Der Begriff „Kulturelle Bildung“ hat Hochkonjunktur.“
- 54** Vgl. Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 1.
- 55** Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2015): Kulturfinanzbericht 2014, Wiesbaden, S. 67. „Die Kulturausgaben umschließen nach der Kulturdefinition der Europäischen Union auch Bildungsaktivitäten von auf die Kulturelle Bildung spezialisierten Bildungseinrichtungen.“
- 56** Ebd., S. 33.
- 57** Im Jahr 2011 brachten die Länder einen Anteil von 42 Prozent der Grundmittel auf, der Bund steuerte rund 13 Prozent der Mittel bei und die restlichen knapp 45 Prozent wurden von den Kommunen getragen. Ebd., S. 29.
- 58** Schupp, Jürgen/Wolf, Christof (Hrsg.) (2015): Nonresponse Bias. Qualitätssicherung sozialwissenschaftlicher Umfragen, Wiesbaden.
- 59** Doppik steht als Abkürzung für ‚Doppelte Buchführung in Konten‘. Damit ist das neue kommunale Haushalts- und Rechnungswesen mit sämtlichen Elementen (Produkthaushalt, Ziel- und Kennzahlensteuerung, Controlling etc.) gemeint, das weit über den Bereich der Buchführung hinausreicht. Quelle: Deutscher Städtetag (2011): Evaluierung der Reform des kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens. Online unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/evaluierung_doppik.pdf. Zuletzt abgerufen am 18.10.2016.
- 60** Etwa – je nach Bundesland – Vorgaben durch die jeweilige Gemeindeverordnung, das Neue Kommunale Rechnungswesen, Neue Kommunale Rechnungs- und Steuerungssystem oder das Neue Kommunale Finanzmanagement.
- 61** Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2007): Schlussbericht der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“, Bundestagsdrucksache 16/7000, S. 379.
- 62** Wagner, Bernd (2010): Nothaushalte und wachsende Kulturetats. In: Kulturpolitische Mitteilungen. Nr. 131, IV/2010, S. 29.
- 63** Keuchel, Susanne (2013): mapping//kulturelle Bildung. Essen: Stiftung Mercator, S. 7. Online unter: https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Keuchel_mapping_kulturelle-bildung.pdf
- 64** „Die Kassenkredite in den Kernhaushalten der Kommunen belaufen sich zum Jahresende 2015 auf 49,6 Milliarden Euro.“ Quelle: Pressemitteilung vom 20.07.2016 der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände (DST, DLT, DStGB) zur aktuellen Finanzlage der Kommunen. Online unter: <http://www.staedtetag.de/presse/mitteilungen/078626/index.html>. Zuletzt abgerufen am 20.10.2016. Vergleiche dazu ebenda: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/bv_kommunalfinanz_2014_2019_analyse_160720.pdf. „Damit stellt der hohe Kassenkreditbestand auch weiterhin für die betroffenen Kommunen ein ernstes Risiko in der Finanzplanung dar.“
- 65** von Beyme, Klaus (2012): Kulturpolitik in Deutschland: Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft, Wiesbaden, S. 148. Vgl. dazu auch Bartella, Raimund (2003): Finanzkrise lässt kommunale Kulturausgaben abschmelzen. In: Kulturpolitische Mitteilungen, 103, S. 42: „Die Kulturetats der Städte und Gemeinden werden im Vierjahreszeitraum nominal um etwa 10% gekürzt sein.“
- 66** von Beyme, Klaus (2012): Kulturpolitik in Deutschland: Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft, Wiesbaden, S. 148.
- 67** 2002 fiel das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahreswert von +3,0 Prozent merklich auf +1,4 Prozent ab. Im Jahr 2003 sank es weiter auf einen Wert von +0,5 Prozent. Vgl. dazu: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/lrvgr02.html?cms_gtp=152422_list%253D2&https=1. Zuletzt abgerufen am 07.11.2016.
- 68** Die Jahre 2001 bis 2004 zeigen nach drei Vorjahren mit deutlichem Zuwachs von jeweils mehr als 3 Prozent beim Steueraufkommen der Öffentlichen Haushalte einen Rückgang beziehungsweise eine Stagnation bei nahezu 0 Prozent. Erst zeitgleich mit der nachfolgenden Konjunkturerholung drehten die Werte deutlich ins Plus. Das Jahr 2007 markiert mit einem Zuwachs von 10,2 Prozent mehr jährlichem Steueraufkommen den Spitzenwert. Die Finanzen- und Bankenkrise 2008 wirkte sich ebenso deutlich auf das Steueraufkommen aus wie auf die Konjunktur; 2011 erreichen die steuerlichen Einnahmen der Öffentlichen Hand wieder

- einen Spitzenwert, ebenso wie das gesamtwirtschaftliche Wachstum. Quelle: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/SteuernFinanzen/Irfin02.html?cms_gtp=152406_list%253D2#Fussnote1j. Zuletzt abgefragt 18.10.2016.
- 70** So erbrachte eine Studie des DIW Berlin im Auftrag der IHK Berlin, dass der Beitrag der Kulturproduktion zum Bruttoinlandsprodukt Berlins im Jahr 2000 bei 1,64 Mrd. EUR lag; das waren 2,2 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung Berlins. Frank, Björn/Geppert, Kurt/Vesper, Dieter (2002): Kultur als Wirtschaftsfaktor in Berlin. Gutachten des DIW Berlin im Auftrag der IHK Berlin. Berlin: DIW.
- 71** von Beyme, Klaus (2012): Kulturpolitik in Deutschland: Von der Staatsförderung zur Kreativwirtschaft, Wiesbaden, S. 148.
- 72** Die Jahre 2006 und 2007 markieren mit +4,0 und +5,0 Prozent das höchste Wachstum des Bruttoinlandsproduktes seit 1994. Nach der Banken- und Finanzkrise 2008 wurden diese Werte in den Jahren 2010 und 2011 mit +4,9 und 4,8 Prozent wieder erreicht. Quelle: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/LangeReihen/VolkswirtschaftlicheGesamtrechnungen/Irvgr02.html?cms_gtp=152422_list%253D2&https=1. Zuletzt abgerufen am 07.11.2016.
- 73** Vgl.: Ständige Konferenz der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur kulturellen Kinder und Jugendbildung (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 01.02.2007 i.d.F. vom 10.10.2013). Online unter: http://www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschlusse/2007/2007_02_01-Empfehlung-Jugendbildung.pdf (letzter Zugriff: 18.11.2016).
- 74** Zur Steigerung der öffentlichen Kulturausgaben siehe S. 34f.
- 75** Der Kulturfinanzbericht 2014 der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zeigt im Langzeitvergleich von 2005 bis 2012 kein Berichtsjahr, in dem die öffentlichen Kulturausgaben bundesweit über alle Gemeinden (Städte inklusive der Kreise und Zweckverbände) gerechnet gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen wäre, auch nicht in zeitlicher Folge der Banken- und Finanzkrise 2008. Vom Berichtsjahr 2005 (100 Prozent) bis 2012 wuchsen die Etats vielmehr auf 119,8 Prozent an. Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2015): Kulturfinanzbericht 2014, Wiesbaden, S. 40.
- 76** Vgl. Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 1.
- 77** Einschließlich der Stadtstaaten.
- 78** Pressemitteilung Nr. 287 des Statistischen Bundesamtes vom 11.08.2015: „9,4 Milliarden Euro für öffentliche Kulturausgaben im Jahr 2011.“ Online unter: https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/08/PD15_287_216.html. Zuletzt abgerufen am 07.11.2016.
- 79** Wie bereits oben erwähnt tragen die Länder auch mit der Finanzierung der formalen Bildung, also der Fächer und Bereiche der Kulturellen Bildung in der Schule, insbesondere Musik, Kunst, Literatur, Theater, Tanz, Film usw. zentral zur Grundversorgung mit Kultureller Bildung bei, wobei diese Anteile in den Bildungshaushalten enthalten sind.
- 80** Vgl. Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 2: „Als Grundlage für regionale Steuerung und Qualitätssicherung sollte ein umfassendes Bildungsmonitoring als integriertes Berichtswesen von Bildungsverläufen vor Ort gemeinsam von Kommunen und Ländern entwickelt werden“.
- 81** Land 45 Prozent, Freie Träger 20 Prozent, Privatpersonen und Öffentliche Stiftungen je 19, Privatstiftungen 15, s. Schaubild 39, S. 59.
- 82** Pressemitteilung des Rates für Kulturelle Bildung vom 1. Februar 2016. Online unter: http://www.rat-kulturelle-bildung.de/fileadmin/user_upload/pdf/2016-02-01_PM_Forderung_einer_BuT-Reform_FINAL_EL.pdf.
- 83** Ebd.
- 84** Hille, Adrian/Arnold, Annegret/Schupp, Jürgen (2013): Freizeitverhalten Jugendlicher: Bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. Wochenbericht des DIW 80 (40). S. 15-25. Online unter: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.428684.de/13-40-3.pdf
- 85** Priem, Maximilian/Schupp, Jürgen (2015): Die Nutzung des Kulturangebotes in Deutschland. In: DIW Wochenbericht Nr. 20. 2015, S. 487.
- 86** Pressemitteilung vom 13. Mai 2015 zum DIW Wochenbericht 20/2015. https://www.diw.de/de/diw_01.c.504663.de/themen_nachrichten/keine_kulturbanausen_immer_mehr_menschen_in_deutschland_besuchen_theater_museen_opern_oder_konzerte.html
- 87** Ebd.
- 88** Rittelmeyer, Christian (2015): Einige Anmerkungen zu forschungsbezogenen und bildungspolitischen Aspekten der Studie Jugend/Kunst/Erfahrung. Horizont 2015, S. 31ff. In: Rat für Kulturelle Bildung e. V. (2015): Jugend/Kunst/Erfahrung. Horizont 2015. Kulturverständnis und Kulturinteressen von Schülerinnen und Schülern und ihre strukturellen Begegnungsmöglichkeiten mit kulturellen Angeboten. Eine Repräsentativbefragung des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag des Rats für Kulturelle Bildung, ergänzt um repräsentative Ergebnisse einer parallelen IfD-Bevölkerungsumfrage. Essen.
- 89** Siehe hierzu auch die Ergebnisse der Studie „Jugend/Kunst/Erfahrung. Horizont 2015“. Hrsg. vom Rat für Kulturelle Bildung e. V. (2015), Essen. S. 18f sowie S. 25f. Online unter <http://www.rat-kulturelle-bildung.de/index.php?id=78>.
- 90** Hille, Adrian/Arnold, Annegret/Schupp, Jürgen (2013): Freizeitverhalten Jugendlicher: Bildungsorientierte Aktivitäten spielen eine immer größere Rolle. Wochenbericht des DIW 80 (40). S. 15-25.
- 91** Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 1.
- 92** Ebd., S. 2.
- 93** Etwa durch Vergleich einer im Vorfeld im Haushalt öffentlich als Ziel genannten (Kennzahl) mit der später tatsächlich eingetretenen Zahl bezuschusster Projekte beziehungsweise analog einem Ziel für die Teilnehmerzahl an Kindern und Jugendlichen in den geförderten Projekten im Vergleich zur später tatsächlich ermittelten Teilnehmerzahl.
- 94** Deutscher Städtetag (2007): Aachener Erklärung, S. 2.
- 95** Ebd., S. 2.

Schaubilder

Der Stichprobenumfang von 104 Städten bildet die Basis der Auswertungen. Hiervon abweichende Fallzahlen ergeben sich bei Fragen, die nicht alle teilnehmenden Städte beantwortet haben. Zur Information sind die den Schaubildern zugrundeliegenden Fallzahlen je Frage in der Quellenangabe vermerkt (*). Abweichungen der Summe von 100 Prozent sind rundungsbedingt.

1 Rücklauf (n = 104) zur Befragung der (n = 200) Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages 2016

Größe der Stadt	Mitgliedsstädte gesamt	Rückläufe (in %)
über 500.000	14	9 (64,3 %)
200.000 bis 500.000	25	15 (60,0 %)
100.000 bis 200.000	37	29 (78,4 %)
50.000 bis 100.000	57	25 (43,9 %)
unter 50.000	67	26 (38,8 %)

2 Rücklauf (n = 104) zur Befragung der (n = 200) Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages 2016 gegliedert nach Bundesländern

	Mitgliedsstädte gesamt	Rückläufe (in %)
SH	4	1 (25,0)
HH	1	1 (100,0)
NI	17	8 (47,1)
HB	2	2 (100,0)
NRW	34	29 (85,3)
HE	9	3 (33,3)
RLP	14	8 (57,1)
BW	25	15 (60,0)
BAY	32	15 (46,9)
SL	2	0 (0,0)
BE	1	1 (100,0)
BB	17	3 (17,6)
MV	8	3 (37,5)
SN	17	6 (35,3)
ST	7	3 (42,9)
TH	10	6 (60,0)
Gesamt	200	104 (52,0)

3 Befragungsrücklauf nach Region (Ost/West)

	Mitgliedsstädte gesamt	Rückläufe (in %)
West	140	81 (57,9)
Ost	60	23 (38,3)
Gesamt	200	104 (52,0)

4 Indikator Finanzsituation

	Häufigkeit	(in %)
überdurchschnittlich (unter 100%)	34	32,7
durchschnittlich (100% bis 200%)	28	26,9
unterdurchschnittlich (über 200%)	42	40,4
Gesamt	104	100,0

5 Indikator Finanzsituation

	Häufigkeit	(in %)
stark überdurchschnittlich (bis 50%)	19	18,3
überdurchschnittlich (50% bis 100%)	15	14,4
durchschnittlich (100% bis 200%)	28	26,9
unterdurchschnittlich (200% bis 400%)	22	21,2
stark unterdurchschnittlich (über 400%)	20	19,2
Gesamt	104	100,0

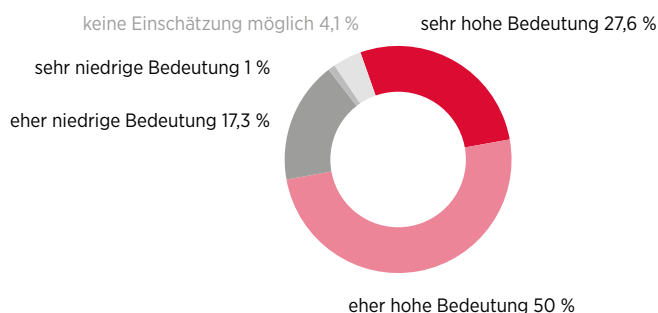
6 Indikator Jugendanteil

	Häufigkeit	(in %)
überdurchschnittlich (über 16%)	27	26,0
durchschnittlich (14% bis 16%)	49	47,1
unterdurchschnittlich (unter 14%)	28	26,9
Gesamt	104	100,0

7 Indikator Arbeitslosigkeit

	Häufigkeit	(in %)
unterdurchschnittlich (unter 6%)	33	31,7
durchschnittlich (6% bis unter 10%)	41	39,4
überdurchschnittlich (10% und höher)	30	28,8
Gesamt	104	100,0

8 Welche Bedeutung besitzt Kulturelle Bildung für die Politik und Verwaltung in Ihrer Stadt?



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

9 Bedeutung Kultureller Bildung für die Politik und Verwaltung in der Stadt nach Stadtgröße

Einwohnerzahl	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
Gesamt	27,6	50,0	17,3	1,0	4,1
unter 50.000	20,0	40,0	28,0	4,0	8,0
50.000 bis 100.000	30,4	39,1	26,1	0,0	4,3
100.000 bis 200.000	28,6	60,7	10,7	0,0	0,0
200.000 bis 500.000	23,1	61,5	7,7	0,0	7,7
über 500.000	44,4	55,6	0,0	0,0	0,0

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

10 Bedeutung Kultureller Bildung für die Politik und Verwaltung in der Stadt nach Region (Ost/West)

	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
Ost	23,8	61,9	9,5	0,0	4,8
West	28,6	46,8	19,5	1,3	3,9

Antworthäufigkeiten in Prozent von n=98 Städten

11 Bedeutung Kultureller Bildung für die Politik und Verwaltung in der Stadt nach finanzieller Situation der Stadt

Finanzsituation	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
stark unterdurchschnittlich	44,4	38,9	16,7	0,0	0,0
unterdurchschnittlich	23,8	57,1	19,0	0,0	0,0
durchschnittlich	18,5	51,9	25,9	0,0	3,7
überdurchschnittlich	33,3	40,0	13,3	6,7	6,7
stark überdurchschnittlich	23,5	58,8	5,9	0,0	11,8

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

12 Bedeutung Kultureller Bildung für die Politik und Verwaltung in der Stadt nach Indikator Jugendanteil

Jugendanteil an der Bevölkerung	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
unterdurchschnittlich	17,9	50,0	21,4	3,6	7,1
durchschnittlich	36,4	50,0	13,6	0,0	0,0
überdurchschnittlich	23,1	50,0	19,2	0,0	7,7

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

13 Bedeutung Kultureller Bildung für die Politik und Verwaltung in der Stadt nach Indikator Arbeitslosigkeit

örtliche Arbeitslosenquote	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
überdurchschnittlich	32,1	42,9	25,0	0,0	0,0
durchschnittlich	23,1	56,4	17,9	0,0	2,6
unterdurchschnittlich	29,0	48,4	9,7	3,2	9,7

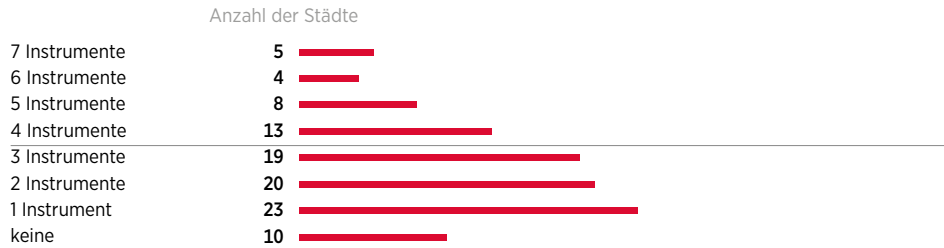
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

14 Wie wird Kulturelle Bildung in Ihrer Stadt organisiert und koordiniert? (7 Instrumente)

	Trifft zu	Trifft nicht zu, ist aber geplant
Kulturelle Bildung ist Teil eines vernetzten Systems im Sinne der Kommunalen Bildungslandschaft.	59	16
Der Haushaltsplan in unserer Stadt enthält Kennzahlen und/oder Indikatoren zu Angeboten Kultureller Bildung.	45	12
Kulturelle Bildung ist im allgemeinen städtischen Leitbild verankert.	40	22
Die städtische Bildungsberichterstattung schließt Kulturelle Bildung ein.	41	15
Es gibt eine Koordinierungsstelle zur Vernetzung von Akteuren oder Umsetzung von Angeboten.	30	18
Es gibt einen definierten Gesamtetat (Projektmittel und institutionelle Förderung) für Kulturelle Bildung.	27	11
Es gibt ein kommunales Gesamtkonzept zur Kulturellen Bildung.	25	27

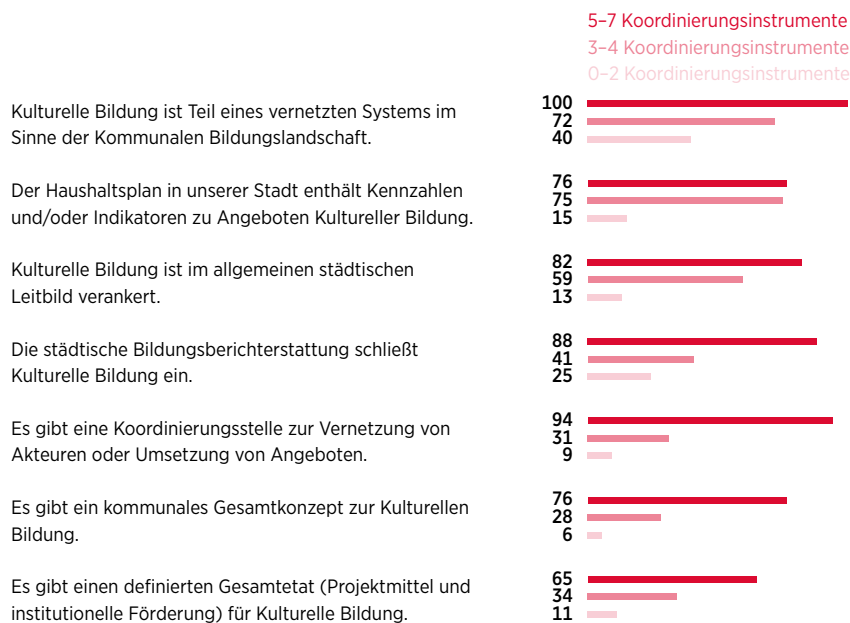
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

15 Anzahl der in den Städten eingesetzten Instrumente zur Organisation und Koordinierung Kultureller Bildung



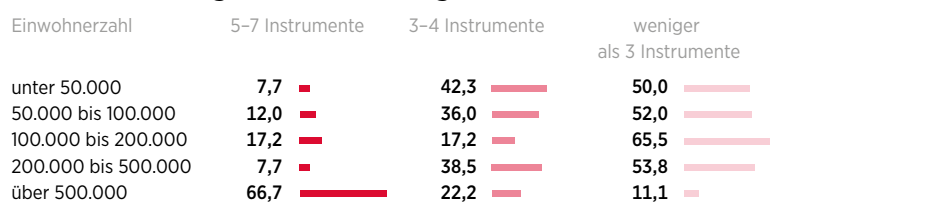
Antworthäufigkeiten absolut von n = 102 Städten

16 In den Städten eingesetzte Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung nach Anzahl der insgesamt eingesetzten Instrumente



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

17 Anzahl der in den Städten eingesetzten Instrumente zur Organisation und Koordinierung Kultureller Bildung nach Größenklasse der Städte



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

18 Anzahl der eingesetzten Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung nach Finanzsituation der Städte



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

19 Anzahl der in den Städten eingesetzten Instrumente zur Organisation und Koordinierung Kultureller Bildung nach Bedeutung Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung

	sehr hohe Bedeutung	eher hohe Bedeutung	eher niedrige Bedeutung	sehr niedrige Bedeutung	keine Einschätzung möglich
weniger als 3 Instrumente	22,0	44,0	28,0	2,0	4,0
3-4 Instrumente	30,0	56,7	10,0	0,0	3,3
5-7 Instrumente	41,2	58,8	0,0	0,0	0,0

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 97 Städten

20 Wie wird die Zusammenarbeit mit Akteuren der Kulturellen Bildung in Ihrer Stadt organisiert? (4 Steuerungsmittel)

	Trifft vollständig zu	Trifft zum Teil zu
Die Akteure Kultureller Bildung stimmen die Planung von Angeboten mit der Stadt ab.	7	69
Es gibt schriftliche Vereinbarungen der Stadt mit Akteuren der Kulturellen Bildung.	14	50
Die Umsetzung der städtisch geförderten Angebote Kultureller Bildung wird systematisch dokumentiert.	17	39
Es gibt Zielvereinbarungen mit Akteuren der Kulturellen Bildung hinsichtlich der Bereitstellung von Angeboten.	4	45

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

21 Anzahl der in den Städten angewendeten Mittel zur Steuerung der Angebote von Akteuren der Kulturellen Bildung

4 Steuerungsmittel	31
3 Steuerungsmittel	22
2 Steuerungsmittel	22
1 Steuerungsmittel	14
keine	13

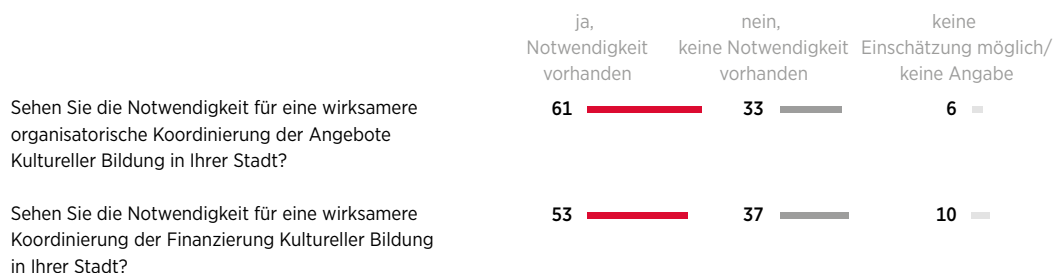
Antworthäufigkeiten absolut von n = 102 Städten

22 Anzahl der in den Städten eingesetzten Mittel zur Steuerung der Angebote Kultureller Bildung nach Anzahl der Instrumente zur Koordinierung Kultureller Bildung

4 Steuerungsmittel	65	5-7 Koordinierungsinstrumente	
	31		3-4 Koordinierungsinstrumente
	19		
3 Steuerungsmittel	29		
	22		
	19		
2 Steuerungsmittel	6		
	22		
	26		
1 Steuerungsmittel	0		
	15,6		
	17		
keine	0		
	9,4		
	18,9		

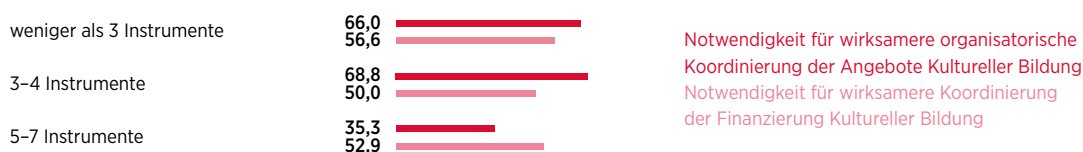
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

23 Bedarf für eine wirksamere Koordination von Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung



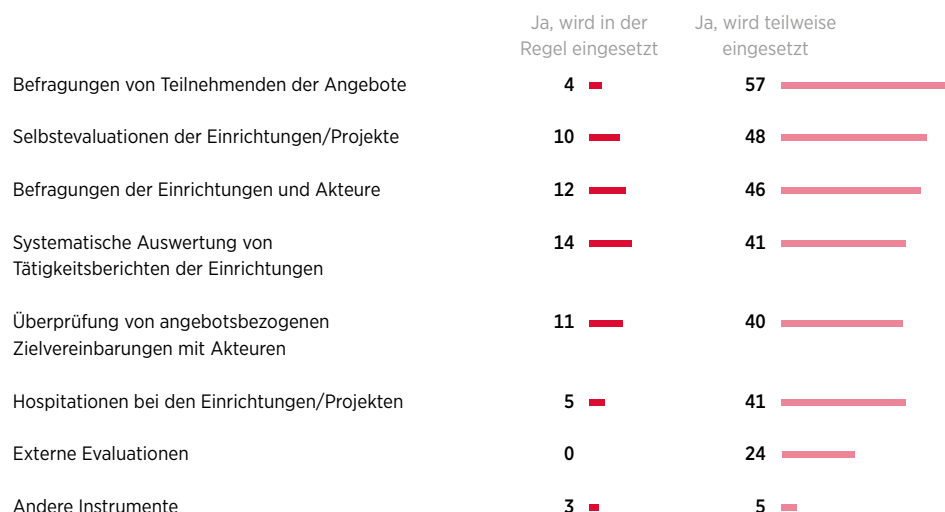
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 103 Städten

24 Bedarf für eine wirksamere Koordination der Finanzierung und Organisation Kultureller Bildung nach Anzahl der eingesetzten Koordinierungsinstrumente



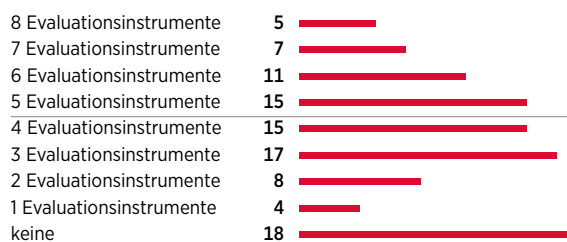
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

25 Anwendung von Instrumenten zur Evaluation der Angebote Kultureller Bildung



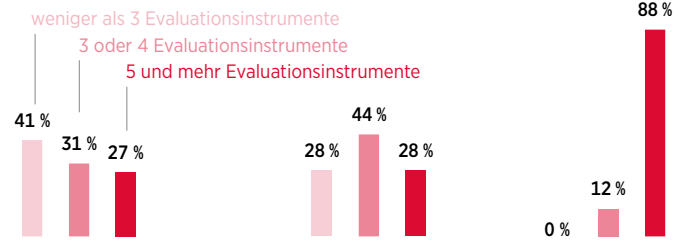
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 102 Städten

26 Anzahl der eingesetzten Instrumente zur Evaluation der Angebote Kultureller Bildung



Antworthäufigkeiten absolut von n = 100 Städten

27 Anzahl der eingesetzten Instrumente zur Evaluation der Angebote Kultureller Bildung nach Anzahl der Instrumente zur Organisation und Koordinierung Kultureller Bildung



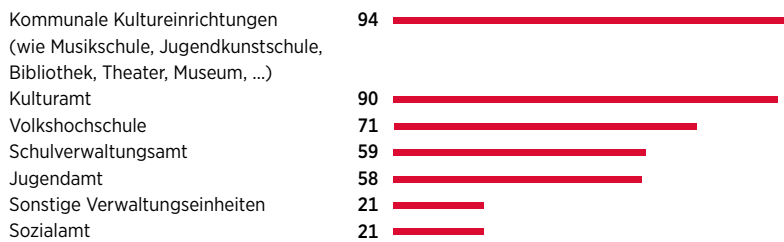
Anzahl der eingesetzten Instrumente: weniger als 3 Instrumente

3-4 Instrumente

5-7 Instrumente

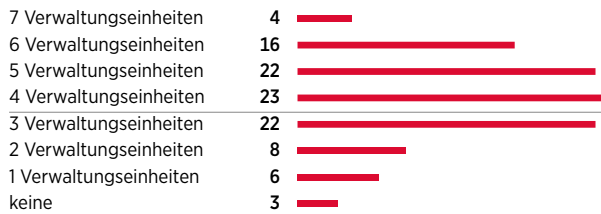
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100

28 Welche städtischen Verwaltungseinheiten sind an der Finanzierung von Angeboten der Kulturellen Bildung beteiligt?



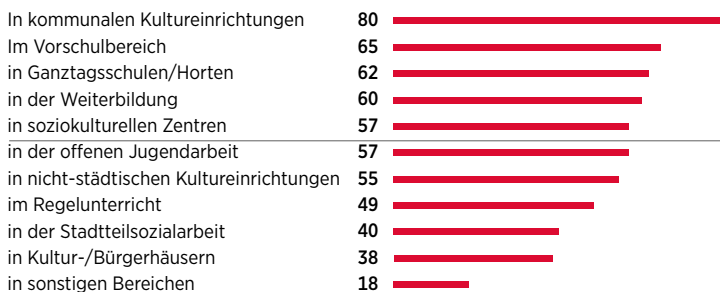
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 104 Städten (Mehrfachantworten möglich)

29 Anzahl der an der Finanzierung Kultureller Bildung beteiligten Verwaltungseinheiten in den Städten



Antworthäufigkeiten absolut von n = 104 Städten

30 Angebotsbereiche Kultureller Bildung, bei denen mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung beiträgt



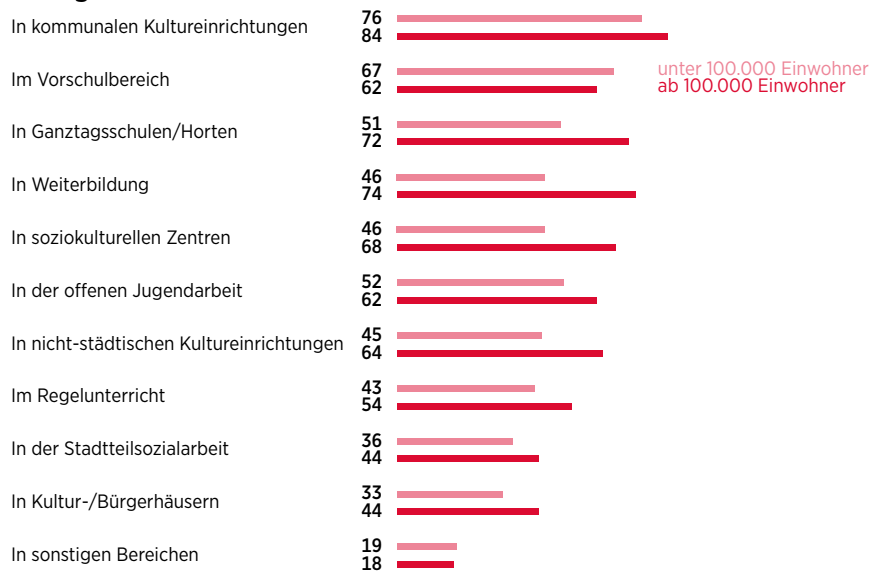
Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 104 Städte)*

31 **Angebotsbereiche Kultureller Bildung, in denen mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung beiträgt, verglichen mit dem Stellenwert Kultureller Bildung in Politik und Verwaltung der jeweiligen Kommune**

	eher hoch / sehr hoch	eher niedrig / sehr niedrig	Differenz
in kommunalen Kultureinrichtungen	83	67	16
in der offenen Jugendarbeit	68	22	46
in Ganztagschulen/Horten	68	28	40
im Vorschulbereich	68	39	29
in der Weiterbildung	63	50	13
in soziokulturellen Zentren	63	39	24
in nicht-städtischen Kultureinrichtungen	61	28	33
im Regelunterricht	51	28	23
in der Stadtteilsozialarbeit	49	11	38
in Kultur-/Bürgerhäusern	43	11	32
in sonstigen Bereichen	16	11	5

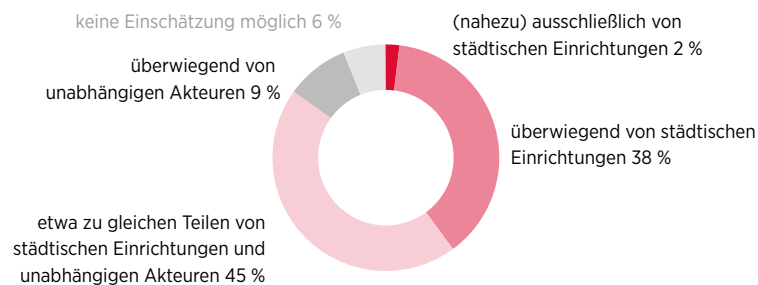
Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 98 Städte)*

32 **Angebotsbereiche Kultureller Bildung, in denen mindestens eine Verwaltungseinheit einen finanziellen Beitrag von hoher Bedeutung beiträgt, verglichen nach Stadtgröße**



Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 104 Städte)*

33 **Anteile städtischer und nicht-städtischer Akteure an der Umsetzung des Gesamtangebots Kultureller Bildung**



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

34 Anteile städtischer und nicht-städtischer Akteure an der Umsetzung des Gesamtangebots Kultureller Bildung nach Stadtgröße

Einwohnerzahl	(nahezu) ausschließlich von städtischen Einrichtungen	überwiegend von städtischen Einrichtungen	etwa zu gleichen Teilen von städtischen Einrichtungen und unabhängigen Akteuren	überwiegend von unabhängigen Akteuren	keine Einschätzung möglich
unter 50.000	0,0	37,5	45,8	8,3	8,3
50.000 bis 100.000	0,0	44,0	44,0	12,0	0,0
100.000 bis 200.000	3,6	46,4	39,3	7,1	3,6
200.000 bis 500.000	0,0	14,3	50,0	14,3	21,4
über 500.000	11,1	33,3	55,6	0,0	0,0

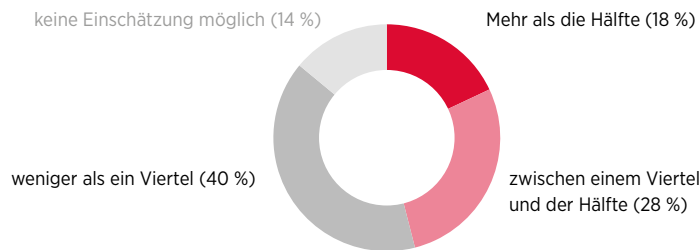
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

35 Anteile städtischer und nicht-städtischer Akteure an der Umsetzung des Gesamtangebots Kultureller Bildung nach Finanzsituation

Finanzsituation	(nahezu) ausschließlich von städtischen Einrichtungen	überwiegend von städtischen Einrichtungen	etwa zu gleichen Teilen von städtischen Einrichtungen und unabhängigen Akteuren	überwiegend von unabhängigen Akteuren	keine Einschätzung möglich
unterdurchschnittlich	5,0	50,0	37,5	5,0	2,5
durchschnittlich	0,0	37,0	40,7	7,4	14,8
überdurchschnittlich	0,0	24,2	57,6	15,2	3,0

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

36 Welchen Anteil finanziert Ihre Stadt an Angeboten unabhängiger, nicht-städtischer Akteure?



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

37 Finanzierungsanteil der Städte am nicht-städtischen Angebot Kultureller Bildung nach Stadtgröße

Einwohnerzahl	über 50 %	etwa 25 %	weniger als 25 %	keine Einschätzung möglich
unter 50.000	4,2	33,3	45,8	16,7
50.000 bis 100.000	4,0	36,0	40,0	20,0
100.000 bis 200.000	25,0	21,4	42,9	10,7
200.000 bis 500.000	35,7	14,3	42,9	7,1
über 500.000	44,4	33,3	11,1	11,1

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

38 Finanzierungsanteil der Städte am nicht-städtischen Angebot Kultureller Bildung nach Finanzsituation

Finanzsituation	über 50 %	etwa 25 % bis 50 %	weniger als 25 %	keine Einschätzung möglich
unterdurchschnittlich	27,5	10,0	47,5	15,0
durchschnittlich	7,4	44,4	37,0	11,1
überdurchschnittlich	15,2	36,4	33,3	15,2

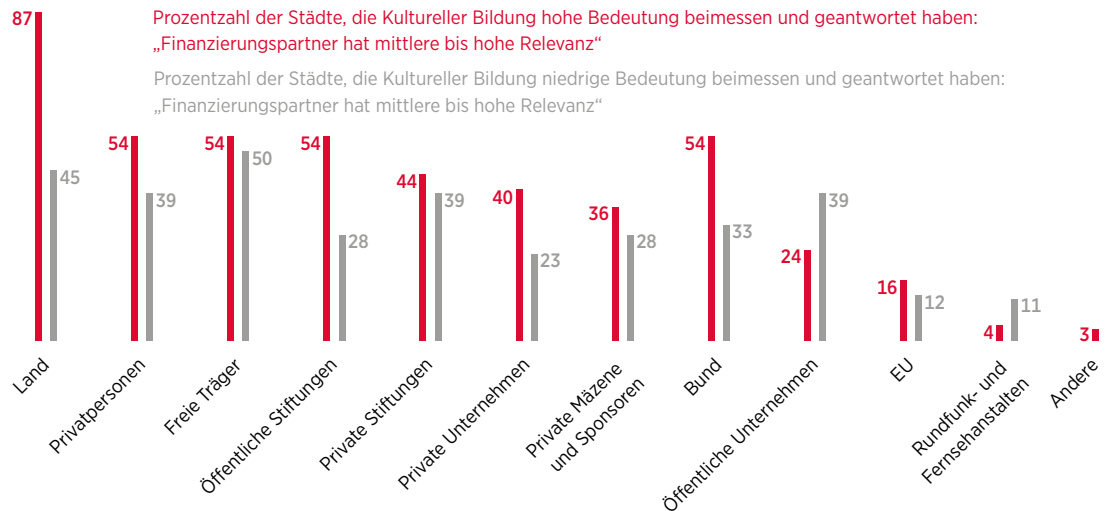
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

39 Bedeutung nicht-städtischer Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung

	hohe Relevanz	mittlere Relevanz	geringe Relevanz	keine Relevanz	keine Einschätzung möglich / keine Angabe
Land	45	30	17	0	8
Privatpersonen (z. B. Eltern, Beitragszahler, Besucher etc.)	19	33	24	3	21
Freie Träger (z. B. Vereine, Religionsgemeinschaften, Verbände)	20	31	22	12	15
Öffentliche Stiftungen	19	28	32	9	13
Private Stiftungen	15	26	33	9	17
Private Unternehmen	7	28	41	8	16
Priv. Mäzene und Sponsoren	12	21	38	12	18
Bund	6	25	47	11	12
Öffentliche Unternehmen	6	19	43	11	21
EU	4	11	35	38	13
Rundfunk- und Fernsehanstalten	0	5	16	61	18
Andere	0	2	3	10	86

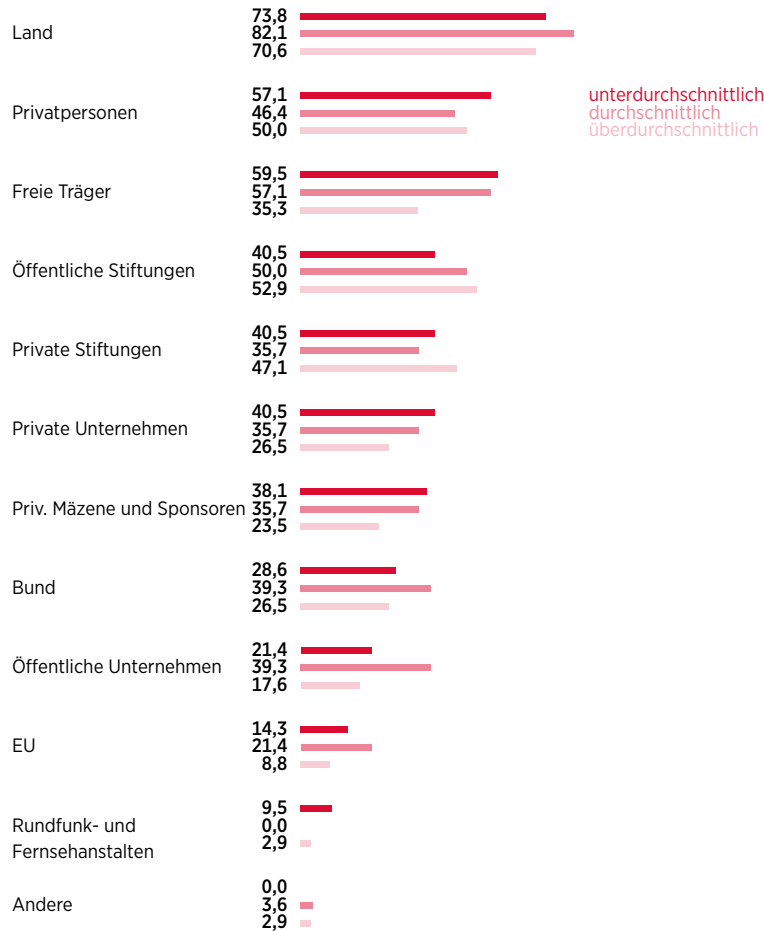
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

40 Zusammenhang zwischen der Bedeutung Kultureller Bildung und der Relevanz von Finanzierungspartnern für die Städte



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 94 Städten

41 Bedeutung nicht-städtischer Finanzierungsquellen für Angebote Kultureller Bildung nach Finanzsituation der Städte



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

42 Bewertung der Durchführung von Angeboten Kultureller Bildung unter finanzieller Beteiligung von Land, Bund und Freien Trägern

Die Beteiligung [...] eröffnet wichtige Freiräume bei der Finanzierung von Angeboten Kultureller Bildung.

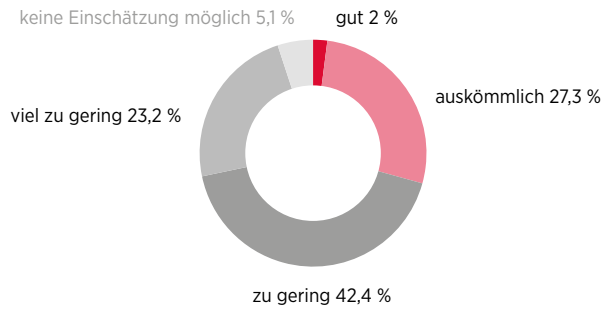


Die Beteiligung [...] erschwert eine zielgerichtete Gestaltung des städtischen Angebots.



Antworthäufigkeiten in Prozent aller Städte mit gültigen Antworten (n = 104 Städte) *

43 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

44 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung nach Stadtgröße

Einwohnerzahl	gut	auskömmlich	zu gering	viel zu gering	keine Einschätzung möglich
unter 50.000	0,0	34,8	43,5	17,4	4,3
50.000 bis 100.000	4,0	32,0	40,0	24,0	0,0
100.000 bis 200.000	3,6	25,0	35,7	28,6	7,1
200.000 bis 500.000	0,0	13,3	46,7	26,7	13,3
über 500.000	0,0	25,0	62,5	12,5	0,0

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

45 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung nach Finanzsituation

Finanzsituation	gut	auskömmlich	zu gering	viel zu gering	keine Einschätzung möglich
unterdurchschnittlich	0,0	30,8	48,7	20,5	0,0
durchschnittlich	3,6	21,4	39,3	32,1	3,6
überdurchschnittlich	3,1	28,1	37,5	18,8	12,5

Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

46 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung nach Anzahl der Instrumente zur Koordinierung

Koordinierungsinstrumente	gut	auskömmlich	zu gering	viel zu gering	keine Einschätzung möglich
weniger als 3 Instrumente	2,0	19,6	47,1	27,5	3,9
3-4 Instrumente	3,3	33,3	40,0	16,7	6,7
5-7 Instrumente	0,0	43,8	37,5	18,8	0,0

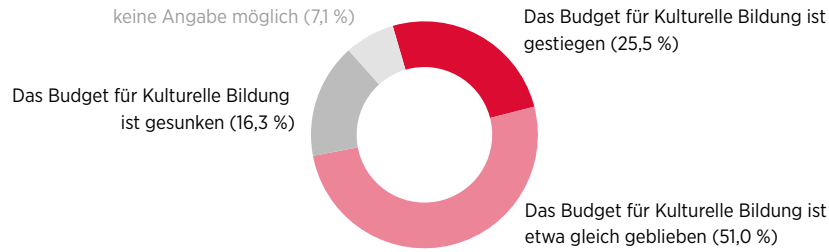
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

47 Bewertung des Budgets für Kulturelle Bildung nach Anzahl der an Kultureller Bildung beteiligten Verwaltungseinheiten

Verwaltungseinheiten	gut	auskömmlich	zu gering	viel zu gering	keine Einschätzung möglich
wenig. als 3 Verwaltungseinh.	6,7	20,0	33,3	33,3	6,7
3 Verwaltungseinheiten	0,0	36,4	50,0	9,1	4,5
4 Verwaltungseinheiten	4,8	19,0	52,4	19,0	4,8
5 Verwaltungseinheiten	0,0	23,8	47,6	28,6	0,0
über 5 Verwaltungseinheiten	0,0	35,0	25,0	30,0	10

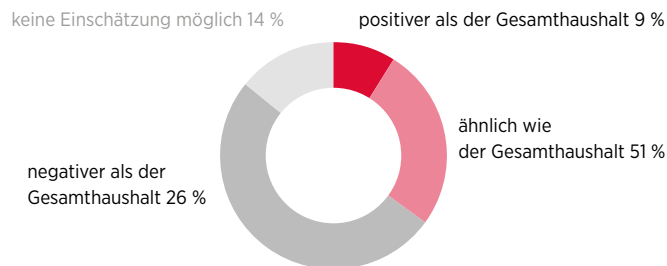
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 100 Städten

48 Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung absolut während der letzten 5 Jahre



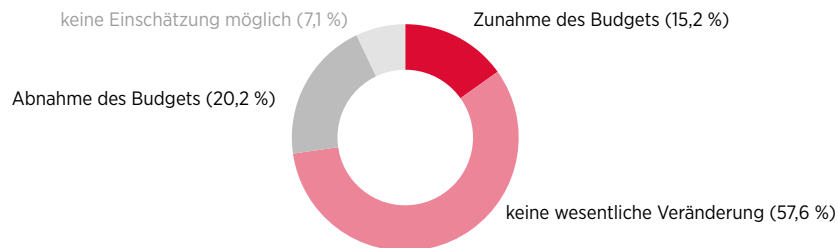
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 98 Städten

49 Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung relativ zum Gesamthaushalt während der letzten 5 Jahre



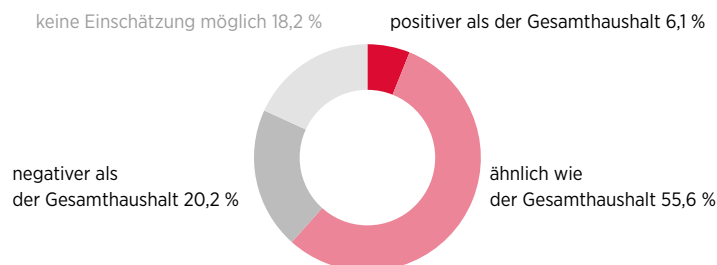
Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 97 Städten

50 Erwartete Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung absolut während der nächsten 5 Jahre



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

51 Erwartete Entwicklung des Budgets für Kulturelle Bildung relativ zum Gesamthaushalt während der nächsten 5 Jahre



Antworthäufigkeiten in Prozent von n = 99 Städten

Beteiligte

Über den Rat für Kulturelle Bildung

Der Rat für Kulturelle Bildung ist ein unabhängiges Beratungsgremium, das sich umfassend mit der Lage und der Qualität Kultureller Bildung in Deutschland befasst. Ihm gehören zwölf Mitglieder an, die verschiedene Bereiche der Kulturellen Bildung repräsentieren: Tanz- und Theaterpädagogik, Musik- und Literaturvermittlung, Bildungsforschung, Erziehungswissenschaften, Pädagogik, Soziologie, Politikwissenschaften, Kulturwissenschaften, Medien, Kulturelle Bildung und die Künste.

Der Rat für Kulturelle Bildung ist eine Initiative der ALTANA Kulturstiftung, Bertelsmann Stiftung, Deutsche Bank Stiftung, Karl Schlecht Stiftung, PwC-Stiftung, Robert Bosch Stiftung und der Stiftung Mercator.

www.rat-kulturelle-bildung.de

Über den Deutschen Städtetag

Der Deutsche Städtetag ist die Stimme der Städte und der kommunale Spitzenverband der kreisfreien sowie der meisten kreisangehörigen Städte in Deutschland. Als Solidargemeinschaft der Städte vertritt er die Idee der kommunalen Selbstverwaltung gegenüber Bund, Ländern, Europäischer Union, staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen sowie Verbänden. Seine Arbeit und Dienstleistungen orientiert der Deutsche Städtetag vor allem an den Anforderungen und Interessen der unmittelbaren Mitgliedsstädte sowie ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Im Deutschen Städtetag – dem größten kommunalen Spitzenverband Deutschlands – haben sich rund 3.400 Städte und Gemeinden mit rund 51 Millionen Einwohnern zusammengeschlossen. 200 Städte sind unmittelbare Mitglieder, darunter alle 107 kreisfreien Städte, einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen.

www.staedtetag.de

Über die Prognos AG

Neutrale Analysen, fundierte Gutachten und kompetente Beratung sind seit über 50 Jahren die solide Basis für die Arbeit von Prognos. Die Prognos AG zählt heute zu den führenden Forschungs- und Beratungsunternehmen in Europa. Rund 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus unterschiedlichen Disziplinen beraten private Unternehmen ebenso wie Ministerien, Verbände und internationale Organisationen. Prognos beschäftigt sich mit dem gesamten Spektrum markt- und gesellschaftsbestimmender Themen und deren zukünftiger Entwicklung.

www.prognos.com

Über Prof. Dr. Jürgen Schupp

Prof. Dr. Jürgen Schupp ist Direktor der Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Professor für Soziologie am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin. Er ist seit Anfang 2016 Mitglied des Rates für Kulturelle Bildung.

Impressum

Herausgeber

Rat für Kulturelle Bildung e. V.
Huysseallee 78-80
45128 Essen
Tel.: 0049 (0) 201 / 89 94 35-0
Fax.: 0049 (0) 201 / 89 94 35-20
info@rat-kulturelle-bildung.de
www.rat-kulturelle-bildung.de

Redaktion

Frank Jebe
Margrit Lichtschlag
Prof. Dr. Eckart Liebau
Stephanie Seegers
Dr. Andreas van Hooven

Gestaltung

PBLC
Zeiseweg 9
22765 Hamburg
www.pblcdsgn.de

Druck

Druckerei Gilbert & Gilbert
Witteringstraße 20-22
45130 Essen
www.gilbert-und-gilbert.de

Auflage

1.500 Stück

© Rat für Kulturelle Bildung e. V., Essen, Dezember 2016

ISBN 978-3-00-055232-8